

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Samstags und Montags nur einmal, mit dem Unterhaltungsbeilage „Freie Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Berater“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland, Belgien, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Ostens und Luxemburg 55.— M., für das übrige Ausland 75.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E2, Breite Straße 8-9

Die eingekaufene Monoparallele ober dem Raum kostet 8.— M., einschließlich Insektenschutz. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M., einschließlich Insektenschutz. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 4.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Koalitionsregierungen und Klassenkampf

Von Otto Bauer (Wien)

In den Debatten über die Stellung der U. S. P. zu Koalitionsregierungen ist einigemal auch auf die österreichischen Erfahrungen hingewiesen worden. In der Tat sind die österreichischen Erfahrungen geeignet, das Problem zu klären. Aber man muß die objektiven Voraussetzungen der Koalitionspolitik, zu der die deutsch-österreichische Sozialdemokratie in den Jahren 1918 bis 1920 gezwungen war, genauer kennen, als dies im Auslande zumeist der Fall ist, wenn man aus den österreichischen Erfahrungen nicht falsche Schlüsse ziehen soll. Eine kurze Analyse der Entwicklung des Koalitionsproblems in Österreich mag daher für die Stellungnahme des Leipziger Parteitages nicht ohne Nutzen sein.

1. Die Machtverteilung in der Gesellschaft

Wer die deutsch-österreichische Politik seit der Revolution verstehen will, muß von folgenden Tatsachen ausgehen:

1. Neunzig Prozent der Wehrmänner der deutsch-österreichischen Wehrmacht sind Sozialdemokraten. Sie sind in einer freien Gewerkschaft organisiert. Sie haben in ihren Soldatenräten eine gesetzliche Vertretung, die die Kommandogewalt der Offiziere beschränkt. Auch innerhalb des Offizierskorps gibt es eine aus der Mannschaft hervorgegangene Minderheit, die unserer Partei angehört.

2. Auch die Wiener Sicherheitswache und die Gendarmerie sind in freien Gewerkschaften organisiert.

3. Die bewaffneten Korps können erforderlichenfalls als Kadern dienen, die die vom Arbeiterrat aufgestellten Ordnungsformationen in sich aufnehmen.

4. Die überwiegende Mehrheit der Eisenbahner, der Telegraphen- und Telephonbediensteten und der Arbeiter der lebensnotwendigen Betriebe sind Sozialdemokraten und gewerkschaftlich organisiert. Die Verkehrsmittel werden von den Gewerkschaften tatsächlich mitverwaltet. Eine „Technische Nothilfe“ gibt es nicht.

Diese Tatsachen machen jede Diktatur der Bourgeoisie in Österreich unmöglich. Die deutsch-österreichische Arbeiterklasse ist in jedem Augenblick stark genug, jede bürgerliche Regierung zu stürzen.

Andererseits aber ist eine Diktatur des Proletariats ebenso unmöglich. Dies geht aus den folgenden Tatsachen hervor:

1. Das Proletariat beherrscht Wien und die der Hauptstadt vorgelagerten Industriegebiete längs der Südbahn. Im übrigen Staatsgebiet herrschen Konservative, in ländlichen agrarischen Organisationszusammenhang, zum Teil bewaffnete Bauern, die politisch von den sehr mächtigen Landesregierungen geführt werden. Die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats in Wien würde von den ländlichen agrarischen Ländern mit der Bildung einer Gegenregierung beantwortet werden, die Wien die Lebensmittelzufuhr sperren und uns damit zum Bürgerkrieg zwingen würde.

2. Deutsch-Österreich muß fünf Sechstel seines Getreidebedarfs und vier Fünftel seines Kohlenbedarfs durch Zufuhr aus dem Auslande decken. Unser Export an Industrieerzeugnissen reicht nicht zu, diesen Import zu bezahlen. Wir bezahlen daher einen großen Teil unseres Lebensmittels und Kohlenimports durch Kapitalverkauf an das Ausland: Verkauf von Aktien, industriellen Unternehmungen, Korsten an ausländische Kapitalisten. Mit dem Bürgerkrieg würde dieser Kapitalimport aufhören, daher die Lebensmittelzufuhr ins Stocken geraten. Eine Hungertatrasrophe wäre die Folge.

3. Wien liegt nur einen Tagmarsch von der ungarischen und von der tschechischen Grenze entfernt. Der Bürgerkrieg würde zur Intervention der Nachbarstaaten führen, deren wir uns angesichts der geographisch-strategisch ungünstigen Lage Wiens nicht erwehren könnten.

Wer die Tragweite dieser Tatsachen erwägt, wird sich dem zwingenden Schlusse nicht entziehen können, daß jeder Versuch des Proletariats, in Wien eine Diktatur aufzurichten, binnen weniger Tage mit einer ökonomischen und militärischen Katastrophe enden müßte.

So sind in Deutsch-Österreich die Diktatur der Bourgeoisie und die Diktatur des Proletariats gleich unmöglich. Das Resultat der Revolution ist ein Gleichgewicht der Kräfte der Klassen: es kann weder die Bourgeoisie über das Proletariat noch das Proletariat über die Bourgeoisie herrschen. Diese tatsächliche Machtverteilung in der Gesellschaft bestimmt nun die Machtverteilung im Staate. Da weder die Bourgeoisie über das Proletariat noch das Proletariat über die Bourgeoisie zu herrschen imstande ist, muß die Macht im Staate zwischen Bourgeoisie und Proletariat geteilt sein. Aber diese Teilung der Macht zwischen den beiden Klassen kann verschiedene Formen annehmen.

Kredit oder Moratorium?

Französische Neujahrsbetrachtung

Paris, 2. Januar.

Der „Temps“ bringt heute eine außerordentlich pessimistisch gehaltene Betrachtung zur Jahreswende. Das neue Jahr, in das Frankreich eintrete, sei außerordentlich schwierig. Der außenpolitische Horizont sei mit dunklen Wolken verhangen. In England, in Deutschland und in Moskau denke man an eine neue Entente, deren Kosten Frankreich tragen solle. Die tiefere Ursache der außenpolitischen Schwierigkeiten Frankreichs liege in den englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten. Die an die Eröffnung der Washingtoner Konferenz geknüpften Illusionen, daß die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Frankreich unabhängig von deren Politik gegenüber England sei, seien sehr bald in sich zusammengebrochen. Die gegenwärtige Regierung der Vereinigten Staaten habe offenbar keinerlei Absicht, sich allzuweit in die europäischen Angelegenheiten einzulassen, und von Washington aus sehe man die Schornsteine von Manchester eher als die eingestürzten Essen von St. Quentin.

Eine Veränderung der außenpolitischen Lage Frankreichs könne nur durch eine Wandlung in den Beziehungen zwischen England und Frankreich herbeigeführt werden, und diese sei abhängig von der Lösung der Streitfragen der Unterseeboote und des Reparationsproblems. Nachdem Frankreich die Resolution Root über die Verwendung der U-Boote angenommen habe, seien es nur noch Fragen technischer Natur, über die man sich zu einigen habe. Das sei aber schlechterdings unmöglich, solange man über die zukünftige Taktik des Seekrieges völlig im Ungewissen schwende und solange man nicht wisse, welche Rolle den Flugzeugen im Seekampf zufallen werde. Wie könne es endlich möglich sein, daß Frankreich und England in einer Frage so heikler Art zu gleichen Anschauungen kämen, solange die politischen Beziehungen noch so sehr im Fluß seien und niemand wissen könne, ob beide Länder, wie es ihre vitalen Interessen erforderten, entschlossen seien, ihr Bündnis enger zu gestalten und ihre Zusammenarbeit in dem Maße zu entwickeln, wie die Gefahren wüchsen, die sie beide bedrohten. Zur Lösung des Reparationsproblems bedürfe es in erster Linie umfangreicher Kreditoperationen, nicht nur, um die deutschen Zahlungen zu ermöglichen, sondern auch um Deutschland und Österreich in den Stand zu setzen, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen.

Die Frage sei, ob England gewillt sei, solche Kreditoperationen zu unterstützen und dadurch ihr Gelingen sicherzustellen. Die

Kreditfrage, aber nicht die eines Moratoriums, sei es, die das Reparationsproblem beherrsche.

Italienisch-serbischer Konflikt

Belgrad, 31. Dezember.

Beim Statthalter von Dalmatien, Dr. Metliškitch, sprach der italienische Konsul vor und unterbreitete ihm schriftlich folgende italienische Forderungen:

1. Die Zivilbehörden sprechen der italienischen Regierung ihr Bedauern über die Ereignisse in Sebenico aus; 2. alle Soldaten werden streng bestraft; 3. die jugoslawischen Truppen leisten der italienischen Fahne die Ehrenbezeugung; 4. die jugoslawische Regierung erläßt eine Kundgebung an das Volk, in welcher sie öffentlich ihr Bedauern über die Ereignisse in Sebenico kundgibt.

Diese italienischen Forderungen wurden von der Regierung abgelehnt.

In Beantwortung mehrerer Anfragen erklärte Ministerpräsident Paschitsch in der Stupischina, es sei gegenstandslos, den von einzelnen Leuten im italienischen Parlament unternommenen Versuch, eine montenegrinische Frage aufzuwerfen, zur Erörterung zu stellen, da das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen von der ganzen Welt anerkannt wurde. Uebrigens fänden diese Veruche auch bei der italienischen Regierung keine Beachtung. Wegen Triests habe die Regierung Vorkerkungen in Rom erhoben und die Versicherung erhalten, daß ähnliche Vorfälle in Zukunft verhindert würden. Die mit Italien schwebenden wirtschaftlichen Fragen könnten erst nach Erfüllung des Rapaller Vertrages seitens Italiens zur Verhandlung gebracht werden. Ebenso könnten die Beziehungen zum Freistaat Triume erst nach Festsetzung von dessen Grenzen geregelt werden. Was gewisse Herausforderungen seitens der Fasisten anlangte, so habe die Regierung deswegen in Rom Einspruch erhoben. Wenn dieser Schritt erfolglos bleiben sollte, müßten andere Maßnahmen getroffen werden.

In Sebenico, einem jugoslawischen Hafensort, war es in der vorigen Woche zu blutigen Krawallen zwischen italienischen Marinesoldaten und der Bevölkerung gekommen, worauf Italien mit einigen Kriegsschiffen vor dem Hafen demonstrierte.

2. Teilung der Macht im Staat

In den ersten Monaten nach der Revolution hätten die proletarischen Massen keine bürgerliche Regierung ertragen. Sie hätten sie binnen weniger Stunden hinweggefegt, und sie hätten jederzeit die Macht, sie hinwegzuführen.

Andererseits konnten wir damals auch keine proletarische Regierung bilden. Auf parlamentarische Weise war dies nicht möglich, da wir im Parlament eine Minderheit waren. Eine diktatorische Regierung aufzurichten, wäre aber damals noch weniger möglich gewesen als jetzt. Unsere Volkswirtschaft war damals vollständig zerrüttet. Wir konnten damals Lebensmittel und Kohle überhaupt nicht anders bekommen als durch Kredite der Entente-Regierungen. Eine diktatorische Regierung hätte diese Kredite nicht bekommen und wäre daher binnen vierzehn Tagen an einer Hungerzwang zwischen den beiden Klassen. Und diese Teilung der Macht ist unvermeidlich und unaufhebbar, solange die Machtverteilung in der Gesellschaft selbst keine Veränderung erfährt: solange in der Gesellschaft selbst jenes Gleichgewicht der Klassenkräfte fortbesteht, das weder eine Diktatur der Bourgeoisie noch eine Diktatur des Proletariats zuläßt.

3. Parlamentarische Formen und sozialer Inhalt

Die Wurzel des parlamentarischen Kretinismus ist die Illusion, daß man durch bloße parlamentarische Aktionen die Machtverhältnisse zwischen den Klassen wesentlich verändern könne. In Wirklichkeit hängt die Macht jeder Klasse von ihrer Verfügung über die militärischen und ökonomischen Machtmittel ab. Gleiche parlamentarische Formen haben ganz verschiedene Wirksamkeit, je nach den realen Machtverhältnissen, die hinter ihnen stehen. Nur wenn wir diese alte Erkenntnis festhalten, werden wir aus den österreichischen Erfahrungen die richtigen Schlüsse ziehen.

Der reformistische Ministerialismus, wie ihn Jaurès um die Jahrhundertwende vertreten hat, glaubte, das Proletariat könne ohne revolutionären Akt, mit bloß parlamentarischen Mitteln die Staatsgewalt erobern, indem es an Koalitionsregierungen teilnimmt und seine Macht innerhalb der Koalitionsregierungen solange erweitert, bis es stark genug wird, die Regierung allein zu übernehmen. Dies war eine Illusion: Die tatsächliche Verfügung über die militärischen und ökonomischen Machtmittel blieb von der Bourgeoisie monopolisiert. Im Besitze dieser Machtmittel brauchte die Bourgeoisie den Vertretern des Proletariats in der Regie-

zung keine wesentlichen Zugeständnisse zu machen. Die Vertreter des Proletariats in der Regierung konnten daher den kapitalistischen Charakter der Regierungspolitik nicht aufheben, sie machten nur den Sozialismus mitverantwortlich für die kapitalistische Regierungspolitik. Diese Mitverantwortung wirkte verwirrend auf das Proletariat und demokratisierend auf seine Vertreter. Der reformistische Ministerialismus entartete zur bloßen Ideologie des Carrierismus. Diese Erfahrungen, die der französische Sozialismus schon vor zwei Jahrzehnten gemacht hat, stellten den revolutionären Sozialismus in schärfster Gegensatz gegen den reformistischen Ministerialismus. Der revolutionäre Sozialismus erkannte den reformistischen Ministerialismus als einen echten Sprößling des parlamentarischen Kretinismus. Aber der revolutionäre Sozialismus würde selbst in den parlamentarischen Kretinismus verfallen, wenn er jede Koalitionspolitik als wesensgleich betrachtete würde. Die österreichische Erfahrung zeigt uns ein Beispiel einer Koalition, die von den Koalitionen des reformistischen Ministerialismus grundverschieden war. Der parlamentarische Kretinismus sieht den Unterschied nicht; hier wie dort ist ja die parlamentarische Form dieselbe, hier wie dort liegen Koalitionsregierungen bürgerlicher und proletarischer Parteien vor. Die marxistische Analyse aber zeigt, daß sich hier in denselben parlamentarischen Formen ein ganz anderer sozialer Inhalt birgt als dort.

Der reformistische Ministerialismus ist hervorgegangen aus der Verzweiflung an der Möglichkeit einer proletarischen Revolution. Die österreichische Koalitionspolitik war die Frucht einer revolutionären Situation, in der das Proletariat der Bourgeoisie ihre wichtigsten Machtmittel, die Verfügung über die bewaffnete Macht und über die Verkehrsmittel, entziffen hatte. Der reformistische Ministerialismus ließ proletarische Parteien an der Regierungsgewalt teilnehmen, obwohl die realen militärischen und ökonomischen Machtmittel von der Bourgeoisie monopolisiert blieben; die österreichische Koalitionsregierung dagegen beruhte auf der Tatsache, daß die realen Machtmittel, die Verfügung über die Armee und über die Verkehrsmittel, in die Hände des Proletariats gefallen waren. Der reformistische Ministerialismus blieb für das Proletariat unfruchtbar; die Bourgeoisie, über die reale Macht verfügend, machte den Vertretern des Proletariats in der Regierung keine wesentlichen Zugeständnisse. Die österreichische Koalitionsregierung dagegen hat dem Proletariat sehr wesentliche Stärkung seiner Machtpositionen gebracht; die Bourgeoisie, entwaffnet, mußte

Die dem waffenstarken Proletariat zugehören. Der reformistische Ministerialismus war das Ergebnis bloßer parlamentarischer Berechnung; die sozialistische Partei entschied in voller Freiheit, ob sie an einer Koalitionsregierung teilnehmen wollte oder nicht. Die österreichische Koalitionsregierung dagegen war im ersten Jahre ihres Bestandes die einzig mögliche Regierungsform; die reale Machtverteilung in der Gesellschaft ließ damals überhaupt keine andere Regierungsform zu.

Die proletarische Revolution ist der Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, die Eroberung der Herrschaft durch das Proletariat. Aber die Erfahrung seit 1917 beweist, daß die proletarische Revolution nicht ein einmaliger Akt, sondern ein Jahre währendes, verschiedene Phasen durchlaufendes Prozeß ist. Im Verlaufe dieses Prozesses kann auch in anderen Ländern eine Entwicklungsphase eintreten, in der die Bourgeoisie nicht mehr, das Proletariat noch nicht imstande ist, den Staat allein zu beherrschen. Wo solches Gleichgewicht der Klassenkräfte besteht, dort kann eine Koalitionsregierung eine transitorische Notwendigkeit sein.

Der reformistische Ministerialismus, schon vor zwei Jahrzehnten auf der Grundlage der französischen Erfahrungen überwunden, ist während des Krieges wiedererstanden; er beherrscht heute die Parteien der Zweiten Internationale. Ihn müssen wir scharf und unbedingt ablehnen. Aber Koalitionen abzulehnen, die selbst das Ergebnis revolutionärer Situationen, revolutionärer Eroberungen des Proletariats, das Ergebnis der Entwaffnung der Bourgeoisie sind, das hieße einen Beschluß fassen, den die Geschichte binnen wenigen Jahren als unhaltbar berichtigen kann.

Die deutschösterreichischen Parteitage von 1920 und 1921 haben aus diesen Erfahrungen ihre Schlüsse gezogen. Sie haben den reformistischen Ministerialismus abgelehnt, indem sie als die normale Stellung des Proletariats im bürgerlichen Staate die Stellung der Opposition bezeichnet haben. Aber sie haben hinzugefügt, daß die Teilnahme an Koalitionsregierungen für das Proletariat unvermeidlich und fruchtbar sein kann in Situationen, in denen zwar das Proletariat noch nicht imstande ist, seine Alleinherrschaft auszuüben, aber die Bourgeoisie nicht mehr imstande, den Staat zu regieren.

Die Verschiedenheit der Entwicklung im Deutschen Reich und in Österreich hat ihren letzten Grund in der Verschiedenheit zwischen der deutschen Reichswehr und dem deutschösterreichischen Bundesheer. Darum mögen in Deutschland heute die Probleme einer Koalitionspolitik, wie wir sie in Österreich erlebt haben, nicht aktuell erscheinen. Trotzdem mag die Kenntnis dieser Probleme auch für Deutschland nicht unwichtig sein. Denn unter allen Streitfragen, die der Einigung des Proletariats im nationalen und im internationalen Maßstabe im Wege stehen, ist der Streit um die Koalitionspolitik die wichtigste und aktuellste. Die Einigung des Proletariats kann nicht gelingen auf der Basis der Illusionen des reformistischen Ministerialismus. Aber sie kann auch nicht gelingen auf der Basis eines formalistischen Dogmatismus, der die bloße Form der Koalitionspolitik bedingungslos ablehnt, welches immer ihr sozialer Gehalt sei. Bisher zeigt die Formel der deutschösterreichischen Parteitage den Weg, auf dem die Einigung des deutschen Proletariats über die wichtigste und aktuellste aller Streitfragen gesucht werden kann. Katastrophe gescheitert. Ueberdies war damals, vor dem Friedensschluß, die Gefahr einer Okkupation durch fremde Truppen noch viel größer als jetzt.

So war damals weder eine bürgerliche noch eine proletarische Regierung möglich. Die Koalitionsregierung war der einzig mögliche Ausweg.

Die Koalitionsregierung war aber damals nichts anderes als eine verhällte Herrschaft des Proletariats. Die Bourgeoisie, durch den revolutionären Geist der Massen eingeschüchert, unfähig, allein die Regierung zu übernehmen, mußte unsere Teilnahme an der Regierung mit den folgenschwersten Zugeständnissen bezahlen. In diese Periode fällt die Eroberung der stärksten Machtpositionen des Proletariats nicht nur in den Betrieben, sondern auch der Kaserne.

Aber nach dem Sturz der ungarischen Rätediktatur, nach den Niederlagen des Proletariats in Deutschland, nach der Wiederbeseitigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in den Siegerländern, durch die der Demobilisierungskrise folgende Prosperitätsperiode erstarkte auch in Österreich das Selbstbewußtsein der Bourgeoisie, erstarkte daher innerhalb der Koalition ihr Widerstand gegen unsere Forderungen. Nun begann die Koalition für das Proletariat unfruchtbar zu werden. Damit erstarkte der Widerstand des Proletariats gegen die Koalition. Das Proletariat, das im Jahre 1919 eine bürgerliche Regierung keinen Tag geduldet hätte, dachte nun: Lieber eine rein bürgerliche Regierung als die Koalition! Damit erst wurde die Wiederherstellung einer bürgerlichen Regierung möglich.

Sobald diese Möglichkeit wieder gegeben war, beeiften wir uns, die Aufstellung der proletarisch-republikanischen Wehrmacht abzuschließen, wir führten dann, sobald diese wichtigste Aufgabe erfüllt war, Neuwahlen herbei und benutzten den Wahlausgang, die Koalition aufzulösen, die Regierung der Bourgeoisie zu überlassen und in die Opposition zurückzutreten.

Wer in der Denkweise des parlamentarischen Kretinismus befangen ist, mag nun alles völlig verändert finden: früher gemeinsame Regierung des Proletariats und der Bourgeoisie, jetzt bourgeoise Regierung, proletarische Opposition. Wer aber hinter den politisch-parlamentarischen Erscheinungsformen die realen Machtverhältnisse der Klassen zu erkennen fähig ist, sieht sofort, daß sich im Grunde nicht allzuviel geändert hat und nicht allzuviel ändern konnte. An den realen Machtverhältnissen zwischen den Klassen ändert sich ja nichts, ob nun Sozialdemokraten auf der Regierungsbank sitzen oder nicht; auch heute noch besteht in Österreich jenes Gleichgewicht der Klassenkräfte, auch heute noch kann hier weder das Proletariat über die Bourgeoisie noch die Bourgeoisie über das Proletariat herrschen. Und da die Machtverteilung in der Gesellschaft unverändert geblieben ist, muß auch heute noch die Macht im Staate zwischen den beiden Klassen geteilt werden. Die Teilung der Macht ist geblieben, wenn sie auch jetzt einen anderen parlamentarischen Ausdruck findet als früher.

Die Bourgeoisie regiert jetzt allein. Aber sie regiert nur, weil das Proletariat sie regieren läßt. Das Proletariat läßt sie regieren, weil es keine Diktatur nicht aufrichten kann und eine Koalition nicht schließen will. Aber wenn es wollte, könnte es die Bourgeoisie in jedem beliebigen Augenblicke stürzen. Daraus folgt:

1. Die Bourgeoisie regiert kann an keine wichtige Machtposition des Proletariats zu rühren wagen und sie muß bei jeder wichtigeren Entscheidung dem Proletariat geeignete Zugeständnisse machen, weil sie einen Konflikt mit

dem über die stärksten außerparlamentarischen Gewaltmittel verfügenden Proletariat nicht wagen kann. Daher ist, obwohl die Bourgeoisie der Form nach allein regiert, in Wirklichkeit doch jede wichtige Regierungsentscheidung durch das Proletariat mitbestimmt. Es ist also auch heute, nicht anders als in der Zeit der Koalition, jede wichtige Regierungsentscheidung das Resultierende der Kräfte beider Klassen.

2. Da jedermann weiß, daß die Bourgeoisie allein nur regieren kann, weil und solange wir sie allein regieren lassen, tragen wir für ihr Regieren vor den Massen ein hohes Maß der Verantwortung. Obwohl wir nicht an der Regierung beteiligt sind, lastet daher auch heute, nicht anders als in der Zeit der Koalition, ein großer Teil der Verantwortung für alle wichtigen Regierungsakte auf uns.

Den parlamentarischen Formen nach steht die deutschösterreichische Sozialdemokratie ganz so in Opposition gegen die Regierung wie etwa die französische. In Wirklichkeit aber ist die Lage hier eine ganz andere als dort: In Frankreich verfügt die Bourgeoisie-Regierung über die Machtmittel, das Proletariat niederzuhalten; das Proletariat steht daher der Bourgeoisie-Regierung machtlos, aber auch ohne Verantwortung für ihr Tun gegenüber. In Österreich dagegen, wo das Proletariat über die militärischen Machtmittel und über die Verkehrswege verfügt, hat keine Bourgeoisie-Regierung die Macht, das Proletariat niederzuhalten; hier hat das Proletariat, auch wenn es die Ministerportefeuilles der Bourgeoisie überläßt, in Wirklichkeit trotzdem Anteil an der Macht und Anteil an der Verantwortung.

In Österreich ist also heute so gut wie in der Zeit der Koalition die Macht im Staate zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat geteilt. Diese Teilung der Macht äußerte sich früher darin, daß Vertreter der Bourgeoisie und des Proletariats zusammen in einem Kabinett saßen und alle wichtigen Regierungsakte im Kabinett mit einander vereinbarten. Sie äußert sich jetzt darin, daß zwar die Bourgeoisie allein die Regierung bildet, diese Regierung aber es angeht, die gewaltige Macht des Proletariats nicht wagen kann, irgendeinen wichtigeren Regierungsakt zu setzen, ohne mit den Vertretern der proletarischen Opposition zu vereinbaren. Koalition und Opposition, die der parlamentarische Kretinismus für unvereinbare Gegensätze hält, sind unter solchen Umständen in Wirklichkeit nur zwei verschiedene Erscheinungsformen derselben Teilung der Macht im Staate.

Der harmlose Roske

Am 1. Januar konnte das „Berliner Tageblatt“ auf sein 50-jähriges Bestehen zurückblicken. Zu den „bedeutenden“ Männern, die die Redaktion aus diesem Anlaß zu Beiträgen aufgefordert hat, gehört auch Roske. Er ist dem Ersuchen gefolgt und verläßt nun unter dem Titel „Generalstreikparole“ einige Bekenntnisse über die Vergangenheit.

Er beginnt den Artikel mit einer krassen Verleugnung seiner Vergangenheit, der er sich doch zu schämen scheint. Er, bei dem die Verbote von kommunistischen und unabhängigen Zeitungen die Haupttätigkeit darstellten, erklärt jetzt, daß man einer Zeitung, ganz gleich, welcher Parteirichtung sie angehört, nichts Besseres wünschen könne, als daß sie jederzeit unbehindert von Fesseln nach freier Ueberzeugung im Kampfe mit geistigen Waffen vertreten kann, was sie für recht hält.

Klätzig ist auch sein Versuch, seine Schuld an dem Kapp-Putsch zu verteilern.

Zwischen dem Spartakusaufstand und dem Kapp-Putsch besteht ein inniger Zusammenhang. Ohne die Propagierung der „Diktatur des Proletariats“ und der wiederholten Versuche, eine solche Diktatur zu errichten, hätte der Gedanke an eine Diktatur zum Zwecke der Aufrechterhaltung der „Ordnung“, wie Kapp und Lüttich ihr Unternehmen ansahen, nicht, wie zugegeben werden muß, viel Sympathie gefunden.

Das wagt Roske zu behaupten, obwohl, wie im Jagow-Prozeß erneut erwiesen wurde, fast kein Mensch außer der Handvoll Verbrecher an der Spitze des Kapp-Putsches mit dem Unternehmen „Sympathie“ gehabt hat und er selbst im Jagow-Prozeß erklärt hat, daß die Ursache des Kapp-Putsches die Auflösung der Baltikumtruppen gewesen sei.

Die Kapp und Konforten haben damals den Putsch gewagt, weil Roske ihnen die Möglichkeit dazu bot, derselbe Roske, der in dem Artikel im „Berliner Tageblatt“ auch jetzt noch erklärt, man hätte aus den „Trümmern des alten Heeres“ neue Formationen bilden müssen. Die Freiwilligenverbände seien „wangsäufig“ entstanden.

Weil Roske während seiner ganzen Amtszeit von einer monarchistischen und konterrevolutionären Gefahr nichts wissen wollte, weil er den ärgsten Verschwörern der Republik das vollste Vertrauen gewährte und von diesen Leuten gegängelt, die Arbeiterbewegung mit eiserner Faust knüppelte, Hunderte von Arbeitern dabei zum Opfer brachte, wird er weder die Verantwortung für den Kapp-Putsch abschütteln können, noch wird er jemals in den Augen anständiger und klassenbewußter Arbeiter anders dastehen als der größte Schädling, den die deutsche Arbeiterklasse jemals gehabt hat.

Lieferstreit

Der Neujahrswunsch der Agrarier

Der „Brandenburgische Landbund“ sorgt dafür, daß im neuen Jahre nicht vergessen werde, was uns im verflohenen so nachdrücklich eingepreßt worden ist. Wir wollen ihm dabei behilflich sein, indem wir die nachfolgende Mitteilung abdrucken, die wir diesem Blatte, dem Organ der Brandenburgischen Filiale des Reichslandbundes, entnehmen:

„In der Tschechoslowakei war vom Ernährungsminister eine nachträgliche Erhöhung der Getreidelieferungszuschläge auf 60 a. S. und zwangsweise Eintreibung der aus der Ernte 1920 angehöblich nicht abgelieferten Getreidelieferungen angeordnet. Das alles sollte ohne jede Rücksicht auf die Erntemenge und die vorhandenen Vorräte geschehen. Infolgedessen veranstalteten die deutschen Landwirte vom Erzgebirge bis ins mährische Tiefland und vom Böhmerwald bis in die Karpaten, unterstützt von den parlamentarischen Klubs und der Reichsleitung des Bundes der Landwirte, nicht nur machtvolle Demonstrationen in den Kreisstädten, sondern sie glaubten auch den Lieferstreit in schärfster Form zur Anwendung bringen zu müssen.“

Zwei Tage hat dieser gebauert, und dann erklärte die Regierung, daß sie unter Ausrichtung der landwirtschaftlichen Körperschaften eine Nachprüfung der Lieferungsbedingungen vornehmen und insbesondere den Bauern Abfindungen und vollständige Freilassung gewähren würde, die die volle Umlage

nicht erfüllen konnten. Außerdem soll Ende Januar die Zwangsverpflichtung überhaupt aufgehoben werden.“

Das Blatt gibt diese Nachricht wieder und fügt hinzu:

„Wir unterlassen es, eine Parallele zu ziehen, was auch aus Landwirten gegen den Brandenburgischen Landbund lamentiert wurde, als er im vorigen Sommer die Vorbereitung eines solchen Lieferstreiks für notwendig erklärte. Das deutsche Landvolk der Tschechoslowakei hat bereits gelernt, was Einigkeit bedeutet und welche Mittel heute allein zum Ziele führen.“

Damit meint der „Brandenburgische Landbund“, daß die deutschen Bauern noch lernen müssen, was das deutsche Landvolk der Tschechoslowakei bereits gelernt hat. Diese Sprache ist so deutlich, daß sie keiner Erläuterung bedarf. Aber für den Fall, daß die bürgerliche Presse wieder einmal nach Persönlichkeiten oder Organisationen sucht, die die Röcherhand nach der „Gurgel des Staates“ austrecken, wie es bei den Besprechungen dieser Blätter über den Eisenbahnerstreik wieder hieß, mag sie sich diese Adresse merken.

Erich Mühsam klagt

Berliner „Vorwärts“ und „Münchener Post“ hatten eine nachträglich auch in anderen Blättern abgedruckte Notiz gebracht, wonach der in Niederschönenfeld eingesperrte Kommunist Erich Mühsam von einer Summe in Höhe von 20.000 M., die ihm aus Amerika zur Verbilligung an die insabstierten politischen Gefangenen zugeschied worden war, 19.500 M. für sich in Anspruch genommen habe. In diese Notiz waren Bemerkungen über Mühsams praktischen Kommunismus geknüpft. Wie nun Mühsam der Berliner „Welt am Montag“ mitteilt, ist die Meldung des „Vorwärts“ falsch. Die Beförderung einer Entgegnung ist Mühsam seitens der Leitung der Zeitung Niederschönenfeld vorenthalten worden. Er will jetzt gegen alle Blätter, die die unwahren Behauptungen verbreitet haben, Klage einleiten.

Die Option für oder gegen Danzig

Der amtliche Preussische Pressedienst teilt mit:

Wie aus vielfachen Anfragen hervorgeht, herrscht in der Öffentlichkeit immer noch keine Klarheit darüber, für welche Personen eine Option auf Grund des Deutsch-Danziger Optionsvertrages in Betracht kommt. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß diejenigen deutschen Reichsangehörigen, die am 10. Januar 1920 ihren Wohnsitz im Gebiet der jetzigen Freien Stadt Danzig hatten, mit diesem Tage die deutsche Reichsangehörigkeit verloren und die Danziger Staatsangehörigkeit erworben haben, gleichviel, wann sie sich in diesem Gebiet niedergelassen hatten. Unter diesen Voraussetzungen haben auch die am 10. Januar 1920 dort wohnhaften Beamten die deutsche Reichsangehörigkeit verloren und die Staatsangehörigkeit der Freien Stadt Danzig erworben.

Die Personen, die danach die deutsche Reichsangehörigkeit verloren und die Danziger Staatsangehörigkeit erworben haben, können — vom Falle der Wiederbürgerung abgesehen — die deutsche Reichsangehörigkeit dadurch wiedererwerben, daß sie bis zum 10. Januar 1922 für die deutsche Reichsangehörigkeit optieren. Zuwendig für die Entgegennahme der Optionserklärungen auf Grund des Deutsch-Danziger Optionsvertrages sind in den Stadtkreisen die Ortspolizeibehörde und in Landkreisen der Landrat. Ueber die näheren Bestimmungen haben die erwähnten Behörden Auskunft zu erteilen.

Die für Deutschland optionsberechtigten Danziger Staatsangehörigen werden bei ihrer Entscheidung in Betracht zu ziehen haben, daß sie innerhalb von zwölf Monaten nach Abgabe der Optionserklärung ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen müssen.

Feste Devisenkurse

An der Berliner Börse wurden gestern nur Devisen gehandelt. Die Kurse waren durchaus fest, so daß sich gegenüber den letzten Notierungen nur unwesentliche Veränderungen ergaben. Der Dollarkurs notierte etwas höher und wurde amtlich mit 186 gegenüber 185 bei der letzten Notierung festgesetzt.

Die Teuerung im Jahre 1921

Die Beobachtungen der „Frankfurter Zeitung“ über die Bewegung der Großhandelspreise zeigen auch für den Monat Dezember eine empfindliche Zuspitzung. Der Sprung der Preisliste ist freilich nicht so steil wie in den Monaten Oktober und November, aber die Feststellungen der „Frankfurter Zeitung“ beweisen, daß die Teuerungswelle im vergangenen Monat noch weit davon entfernt war, abzulaufen. Bedenkt man, daß die in den vorangegangenen Monaten eingetretene Teuerung ihren hauptsächlichsten äußeren Anstoß in dem damaligen rasenden Niederturz der Mark hatte, daß aber diesem Niederturz ein ebenso plötzlicher Aufstieg der Mark gefolgt ist, so zeigt die Statistik der „Frankfurter Zeitung“, daß die Preise künstlich hochgehalten werden. Wir gewahren wieder einmal, daß sich die Preise jeder Markentwertung sofort anpassen, daß sie aber jedem Rückschlag beharrlich trotzen und nur allmählich zurückweichen. Der Monat Dezember hat aber, obgleich der Dollarkurs gegenüber dem Vormonat um mehr als 100 Mark gefallen ist, nicht einmal die Preisliste in ihrem Aufstieg der Vormonats aufgehoben, sondern diese noch merklich übertroffen. Das war hauptsächlich möglich, weil die über eine straffe Organisation verfügenden Erzeugerartikeln eine rücksichtslose Preisdiktatur in Deutschland ausübten, die durch das Weichmachergeschäft noch besonders unterstützt worden ist.

Vergleichen wir die Ende Dezember ermittelten Preise im Großhandel mit den entsprechenden aus Friedenszeiten, so ergibt sich, daß sich die Lebens- und Genussmittel um das Vierunddreißigfache, die Textilien und Lederwaren um das Fünfundsechzigfache verteuert haben. Alle Warengruppen zusammengenommen, zeigen gegenüber Friedenszeiten eine durchschnittliche Verteuerung um das Sechsenddreißigfache.

Nehmen wir den 1. Januar 1921 als vergleichenden Ausgangspunkt, so beträgt die Spannung bei den Großhandelspreisen zwischen Anfang und Ausgang des hinter uns liegenden Jahres durchschnittlich 125 bis 150 Prozent, das heißt die Preise haben sich innerhalb zwölf Monaten durchschnittlich mehr als verdreifacht.

Eine entgegengesetzte Bewegung zeigen die Preise im Ausland. So sind die Warenpreise in Amerika beispielsweise innerhalb der letzten zwei Jahre um fast fünfzig Prozent gefallen. Besonders stark war dieser Preisturz im Jahre 1920, wo er allein 85 Prozent betrug.

Parteitage delegierte!

Am Freitag, den 6. Januar, mittags, hat das Volkswort seinen Sitz im Volkshaus, Leipzig, auskunft, Wohnungsumzug sowie die Nachkundigung der Teilnehmerkarten erfolgt. Das Volkshaus ist vom Bahnhof zu erreichen mit der Streckenbahnlinie 10, Richtung Connewitz.

Das Ergebnis des Eisenbahnerstreiks

Eine Erklärung des Vorstandes des D. E. V.

Die am 2. Januar 1922 tagende Sitzung des erweiterten Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes faßte nach eingehender Aussprache über die Feuerungsaktion und über den Ausstand der Eisenbahner einstimmig folgenden Beschluß:

Der erweiterte Vorstand des D. E. V. nimmt der im Wege der Verhandlungen am 31. Dezember 1921 zustande gekommenen Vereinbarung unter der Voraussetzung zu, daß sowohl die Ergänzungsverhandlungen zur Vereinbarung als auch die am 5. Januar im Reichsfinanzministerium beginnenden allgemeinen Verhandlungen eine durchgreifende Regelung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse für alle Drie bringen.

Der erweiterte Vorstand steht auf dem Standpunkt, daß die von dem Vorstand und den Funktionären zur Anwendung gekommene Taktik mit dem Interesse der Mitglieder und des Verbandes im Einklang steht. Er spricht aus diesem Grunde dem Vorstand und den an der Bewegung beteiligten Funktionären das volle und uneingeschränkte Vertrauen aus. Ganz besonders aber hält er es für seine Pflicht, auszusprechen, daß der erste Vorsitzende mit seiner Auffassung und Tätigkeit durchaus in Übereinstimmung mit sämtlichen Mitgliedern des erweiterten Vorstandes befindet. Der erweiterte Vorstand steht geschlossen hinter den durch das Reichsverkehrsministerium in den Zustand getretenen Kollegen. Er erwartet aber, daß die Kollegen in allen Ortsgruppen Disziplin üben und den Dienst sofort aufnehmen, soweit es nicht schon geschehen sein sollte.

Die Streikbewegung hat damit ihr Ende erreicht. Die Arbeitsaufnahme erfolgte überall sofort, und die Wiederaufnahme des Verkehrs macht allerorts von Stunde zu Stunde Fortschritte, so daß in kürzester Zeit wieder der normale Zustand eintreten dürfte. In Berlin dürfte das im Laufe des heutigen Tages der Fall sein.

Der Streik der Eisenbahner hat eine Bedeutung, die weit über den Tag hinausreicht. Die getroffenen Vereinbarungen, die den Streik zum Abschluß gebracht haben, bedeuten einen Erfolg für die Eisenbahner. Aber sie sind nicht das entscheidende Ergebnis, das diese Bewegung haben muß. Die Arbeiterklasse und die Öffentlichkeit erwarten mehr.

Das Wort von der Hand, die den Staat an der Gurgel packt, ist im Laufe der Bewegung in den verschiedensten Formen wieder ausgesprochen worden. Diese üble demagogische Redensart diene der bürgerlichen Presse als Anlaß zu der Aufforderung an die Staatsgewalt, sie möge ihrerseits das Vorgehen der Eisenbahner mit kräftigen Griffen nach der Gurgel der Eisenbahnerorganisationen beantworten.

Daß sie es nicht getan hat, war die erste erfreuliche Erscheinung in der Haltung der Regierung in dieser Bewegung.

Nachdem die Regierung als Arbeitgeber durch ihre Weigerung, in Verhandlungen einzutreten, den Konflikt unvermeidlich gemacht hatte, änderte sie angesichts des Streiks den Ton. Sie ging nach einigen Vorbehalten, die einem schwachen Versuch zur Wehrung ihres Prestiges gleichen, auf Verhandlungen ein, und das Ergebnis der Verhandlungen zeigte nunmehr deutlich, daß die bestehenden Differenzen sehr wohl auszugleichen waren. Die Regierung verzichtete auf große Gesten und weichte scharfmacherische Gebärden, und auch das muß sympathisch berühren, da nach gewissen Erfahrungen aus früherer Zeit immer noch die Möglichkeit der entgegengesetzten Methode bestand. Es ist noch nicht vergessen, daß der Reichspräsident anlässlich eines Elektrizitätsstreiks in Berlin nichts Besseres zu tun wußte, als den Streik zu verbieten.

Wir erwarten, daß diese Methoden im Umgang mit Arbeitern und Beamten endgültig abgetan sind, auch für sogenannte lebenswichtige Betriebe und Dienstwege. Das muß das Ergebnis dieser Eisenbahnerbewegung sein. Die Tatsachen haben gezeigt, daß mit den Methoden des Scharfmacheriums keine Erfolge mehr zu erzielen sind. Wenn die zwischen den Eisenbahnern und der Regierung entstandenen Differenzen beseitigt werden konnten, so eben nur durch vernünftige Verhandlungen. Die Methode der Gewalt und des einseitigen Diktats, die besonders Herr Hermes bevorzugte, vermag, muß versagen. Ebenso ergebnislos aber müssen ähnliche Versuche mit Hilfe der Gesetzgebung bleiben, wie sie z. B. durch die Schlichtungsordnung oder durch Versuche, den Beamten das Streikrecht freitig zu machen, unternommen werden. Solche Mittel würden zunächst nur die Zerrüttung der Organisationen und damit jeder Möglichkeit zur vernünftigen Beilegung von Streitigkeiten zur Folge haben. Auch das Tarifwesen beruht vor allem auf Treu und Glauben und auf der Anerkennung gegenseitiger Gleichwertigkeit, das heißt, auf beständiger Verhandlungsbereitschaft. Das Gerede vom „Lochbruch“ der Eisenbahner war völlig unsinnig, denn uns scheint, daß vor allem der gegen den Geist des Tarifwesens verstoßt, der dem anderen Tarifteilnehmer die Verhandlung verweigert und ihn mit leeren Aussichten abweist.

Die Regierung hat noch wenig Übung im Umgang mit gemeinschaftlich organisierten Beamten und Arbeitern. Wir hoffen, daß die soeben gemachte Erfahrung ihre Wirkungen in der von uns hier dargestellten Richtung nicht verfehlen wird. Dazu ist allerdings nötig, daß sich die maßgebenden Behörden eingehend mit der Angelegenheit beschäftigen und mit Ruhe und Sachlichkeit ihre Folgerungen ziehen. Die betreffenden Herren sollten nicht veräumen, an ihre eigene Bruit zu schlagen. Die Erkenntnis eigener Schuld ist die erste Voraussetzung für eine Besserung in der Zukunft. Wir erwarten, daß diese geistige Umstellung der Vertreter der Eisenbahnverwaltung so bald erfolgt, daß sie schon bei den bevorstehenden Verhandlungen über die neuen Forderungen der Beamten ihre nützlichen Wirkungen tun kann.

Kein wilder Streik

Die Telegraphen-Union verbreitet wiederholt die Nachricht, daß das Reichsverkehrsministerium nur unter der Voraussetzung bereit gewesen sei, in Verhandlungen einzutreten, wenn der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes den Streik als einen wilden ansehe. Eine Erklärung in diesem Sinne sei auch von einem Vorsteher des Reichsverkehrsministeriums abgegeben worden. Um einer Legendenbildung vorzubeugen, stellen wir folgendes fest:

Bei der am 30. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Reichsverkehrsministerium begonnenen Verhandlung teilte Ministerialrat

Dr. Koser mit, das Ministerium könne nur mit tarifstreuen Organisationen verhandeln. Darauf antwortete der erste Vorsitzende des Deutschen Eisenbahnerverbandes, daß der Vorstand seines Verbandes sich in der Tat als tarifstreu betrachte. Der ausgedehnte Streik habe nichts mit einem Tarifbruch zu tun. Der Vorstand habe diesen Streik nicht gewollt und auch nicht propagiert, er hat aber, als alle seine vor dem Ausbruch des Streiks ausgesprochenen Warnungen unbeachtet blieben, und als er sah, daß die Streikbewegung nicht aufzuhalten sei, sich an die Spitze gestellt, um den Streik in geordnete Bahnen zu lenken. Ministerialrat Dr. Koser antwortete, daß er nach dieser Erklärung kein Bedenken habe, nunmehr in die Verhandlungen einzutreten.

Die Verhandlungskommission des Deutschen Eisenbahner-

Scheffel, Kohur, Apich.

Die Ausführungsbedingungen zu den Vereinbarungen

In der am 31. Dezember zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Gewerkschaftsvertretern getroffenen Vereinbarung werden in der Ziffer 7 Ausführungsbedingungen genannt, welche die vertretenden Parteien einmütig genehmigt haben. Zu diesem Zweck fand am 2. Januar eine weitere Besprechung im Reichsverkehrsministerium statt, deren Ergebnis jetzt vorliegt. Es handelt sich hauptsächlich darum, die erfolgte Neuregelung mit den Bestimmungen des Reichslohntarifs in Einklang zu bringen. Nach den Vereinbarungen erfolgt eine Einkommenssteigerung durch zwei verschiedene Vorgänge. Einmal durch eine Veränderung in der Ortsklasseneinteilung, soweit eine Einreihung in eine höhere Ortsklasse in Betracht kommt, das anderemal durch die Erhöhung des Uberteueringssatzes in besonders teuren Orten. Soweit es sich um Orte handelt, wo auf Grund der Vereinbarungen sowohl eine Hebung in eine höhere Ortsklasse und gleichzeitig die Gewährung eines Uberteueringssatzes stattfindet, wird der Betrag gegenseitig aufgerechnet. Schließlich wird durch die Ausführungsbedingungen bestimmt, daß bei Verübung von Gewalttätigkeiten, Eingriffen in Verwaltung, Betrieb und Verkehr in jedem Einzelfalle die Entscheidung des Reichsverkehrsministeriums einzuholen ist.

Die Betriebslage

In Berlin

Die Betriebslage im Eisenbahndirektionsbezirk Berlin hat im Laufe des gestrigen Montagnachmittags eine weitere Verbesserung erfahren, da vor allem in den Betriebswerkstätten, in denen die Maschinen fertig gemacht werden, gegen 2 Uhr nachmittags eine Wiederaufnahme der Arbeit in größerem Umfang erfolgte. Immerhin gelang es erst allmählich, den gänzlich in Unordnung geratenen Stadt-, Ring- und Vorortverkehr wieder notwendig in Gang zu bringen. In vielen Betriebswerkstätten bedurfte es geraumer Zeit, um die in Folge des Streiks der Eisenbahnarbeiter zum Teil vernachlässigten Lokomotiven auszuwischen, zu betanken und instand zu setzen. Erst in den Abendstunden konnte der vollständig schlaggelegte Vorortverkehr vom Stettiner Bahnhof nach Oranienburg und Bernau wieder aufgenommen werden. Auch im Ringbahnverkehr machte sich die Verbesserung des Betriebes nur langsam bemerkbar, so daß die Züge bis in den Abend hinein noch unregelmäßig verkehrten. Der Fernverkehr hingegen gestaltete sich am gestrigen Nachmittag beinahe wieder fahrplanmäßig, wenigstens was die von Berlin abgehenden Züge betraf. Aus der Richtung Köln-Eberfeld und Sangerhausen trafen die Züge allerdings zum Teil mit Verspätung ein. Das deutlichste Zeichen der Verbesserung der Betriebslage ist die Wiederaufnahme des Güterverkehrs, die am gestrigen Nachmittag erfolgte. Bei den großen Störungen, die durch den Ausbruch des Streiks auf den Güterbahnhöfen eingetreten sind, wird die Wiederherstellung normaler Verhältnisse im Güterverkehr allerdings eine Reihe von Tagen in Anspruch nehmen. Besonders im Güterverkehr von und nach Westdeutschland werden sich die Folgen des Streiks noch einige Zeit bemerkbar machen, da gerade in den Direktionsbezirken Eberfeld und Essen mit ihren ausgedehnten Güter- und Kohlenbahnhöfen die pflüchliche Arbeitsüberlegung eine erhebliche Verstopfung der Bahnhöfe verursacht hatte. In allen Direktionsbezirken sollen auch in den nächsten Tagen in erster Linie Transporte lebenswichtiger Güter, wie Kohlen, Lebensmittel und dergleichen, durchgeführt werden, soweit ihr Abtransport nicht durch den während des Streiks aufrechterhaltenen Eilgüterverkehr bereits erfolgte.

Im Westen

Die Streikleistungen in Köln und Eberfeld haben bereits am Sonntag in öffentlichen Aufrufen die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert. Im Kölner Bezirk ist der Streik überall beendet. Der Personenverkehr hat gestern langsam wieder eingesetzt und dürfte im Laufe des Vormorgens wieder planmäßig durchgeführt worden sein. Der Güterverkehr hebt sich nur allmählich. Stark eingeleitet hat sofort der Ruhr-Rosel-Verkehr, der für die Wiederaufmachungszüge und die Kohlenlieferung an die Entente von Wichtigkeit ist. Im Essener Bezirk ist die Arbeit nur zum Teil aufgenommen, da gestern morgen noch öffentliche Versammlungen stattfanden sollten. Aber auch hier dürfte sich, ebenso wie im Eberfelder Bezirk, der Verkehr gestern wieder beleben haben, nachdem die Streikenden die Anweisungen ihrer Organisation erhalten haben.

Der russische Rätekongress

O. E. (Zuspruch.) Moskau, 31. Dezember.

Auf dem 9. Allrussischen Rätekongress referierte Trotski über den Zustand der Roten Armee. Die Demobilisierung sei zu Ende geführt und die zahlenmäßige Stärke von 5300 000 auf 1 595 000 herabgesetzt worden. Es verbleiben unter den Händen nur noch die drei Jahrgänge 1899, 1900 und 1901, außer den Spezialtruppen. Der Kommandostand setzte sich aus 67 Prozent Bauern, 9 Prozent Arbeitern und aus 24 Prozent nichtproletarischen Elementen zusammen. In den Kriegsschulen würden ausschließlich Proletarier ausgebildet, denen zum Bewußtsein gebracht werde, daß sie der herrschenden Klasse angehören. Besondere Aufmerksamkeit werde der Kriegslustschwäche gewidmet. Die Kriegsgesinnung sei noch nicht befestigt. An der Schwarzmeer-Küste habe sich ein „Komitee zur Rettung Russlands“ gebildet, das mit englischem und italienischem Kapital gegen Sowjetrußland arbeite. Im fernen Osten dauere die japanische Randpolitik an. Eine bedenkliche Haltung werde auch von Rumänien, Polen und Finnland an den Tag gelegt. Unter solchen Umständen könne niemand eine weitere Einschränkung der russischen Armee fordern. Rußland sei zum Frieden bereit, doch müsse die Armee über die Gefahren des nächsten Frühjahrs aufgeklärt werden. Im Jahre 1922 werde die Rote Armee in noch besserer Kampfbereitschaft dastehen als je zuvor. Der Kommandant des Ersten Roten Kavalleriekorps, Budennj, erklärte, vom Kongress stürmisch begrüßt, die Rote Armee sei bereit, das Erste Kavalleriekorps könne im Laufe von 24 Stunden marschfertig zur Verfügung der Sowjetregierung stehen.

Rakowski verlas ein Begrüßungstelegramm Kemal Paschas an den Kongress.

Auf Antrag des Sowjetvertreters in Berlin, Arestinski, ehrte der Kongress das Andenken des an Flecktyphus verstorbenen Mitglieds der Deutschen Roten Kreuz-Expedition, Dr. Gärtner, durch Erheben von den Sitzen.

Der Landwirtschaftskommissar Ossinski betonte in seinem zweiten Referat auf dem Kongress, daß der Untergang der Landwirtschaft auch die Wiederherstellung der Industrie unmöglich machen werde, wenn nicht herzerlösende Maßnahmen ergriffen würden. Die Frühjahrsausfaat des Jahres 1921 sei um 27 Prozent, die Winterausfaat um 25 Prozent geringer gewesen als im Jahre 1920, in welchem die Saatfläche bereits auf zwei Drittel gegen das Jahr 1916 zurückgegangen war. Im Wolga-Gebiet werde im Frühjahr 1922 bestenfalls ein Drittel der normalen Fläche besät werden, so daß diese frühere Kornammer Rußlands sogar bei guter Ernte zu einem konsumierenden Gebiet herabsänke. In der Form der Landnutzung, die der Zarismus durch Bevorzugung der bäuerlichen Eigenwirtschaft regeln wollte, bleibe die Sowjetregierung neutral und wolle sowohl der Eigenwirtschaft wie der Gemeinbewirtschaft Freiheit der Entwicklung gönnen. Die Zukunft gehöre aber der genossenschaftlichen Form, die jegliche Unterstützung seitens der Regierung verdiene. Die Landnutzung dürfe sich nicht in Landbesitz verwandeln. Von privaten Käufen und Verkäufen der Grundstücke dürfe keine Rede sein. Doch müßten den Bauern ganz Garantien für die Landnutzung gegeben werden.

Der Kongress ermächtigte in einer Entschließung die Sowjetregierung, zur Erlangung wirksamer Hilfe für die Hungergebiete aus dem Auslande, alle erforderlichen Zugeständnisse zu machen, soweit diese mit der Souveränität der Sowjetrepublik vereinbar seien. In einem vorhergehenden Referat hatte der frühere Armeeleiter Antonow-Owsejentsch erschütternde Mitteilungen über die Lage im Hungergebiet gemacht. In mehreren Ortschaften sei der bewußte Gebrauch von Menschenfleisch zu Nahrungsmitteln festgestellt worden. Es komme vor, daß die Behörden die frischen Gräber bewachen lassen müßten, um den Leichentaud zu verhindern. In einem einzigen Kreis seien schon vor dem 1. November 14 780 Fälle von Hungertod registriert worden. Unzählige Tausende seien dem Tode geweiht, wenn keine Hilfe komme.

Die Beschränkung der Tscheka

O. E. Moskau, 30. Dezember 1921.

Auf dem 9. Rätekongress erstattete am 29. Dezember Kryshanowski Bericht über den Regierungsentwurf eines Dekrets über die Elektrifizierung Rußlands. Das Dekret sieht die Schaffung von 30 Elektrizitätswerken vor mit einer Gesamtleistung von ein- einhalb Millionen Kilowatt. Die Ausführung des Planes solle 15 Jahre in Anspruch nehmen, doch werde seine Verwirklichung von der allgemeinen Wirtschaftslage Rußlands abhängen. Der Kongress billigte den Dekretentwurf.

In derselben Sitzung veranlaßte der Kongress eine Ehrung des soeben verstorbenen Schriftstellers Wladimir Korolenko.

In seiner Resolution über die Außerordentliche Kommission betonte der Rätekongress die Verdienste der Tscheka um die Erfolge der Oktoberrevolution; die Festigung der Sowjetgewalt im Innern wie auch dem Auslande gegenüber ermüde es jedoch, den Wirkungskreis der Tscheka einzuschränken. Der Kongress beauftragte daher in seiner Resolution das Präsidium des Allrussischen Zentralerekutivkomitees, die Bestimmungen über die Organe der Tscheka in kürzester Frist durchzusehen und eine Reorganisation der Außerordentlichen Kommission im Sinne einer Beschränkung ihrer Kompetenz vorzunehmen.

Der Rätekongress hat das neue Zentralerekutivkomitee im Bestande von 386 Mitgliedern und 126 Kandidaten gewählt. Laut Beschluß werden in Zukunft die allrussischen Rätekongresse nur einmal im Jahre stattfinden, während das Allrussische Zentralerekutivkomitee sich mindestens dreimal im Jahre versammelt wird.

Nach einer kurzen Rede des Vorsitzenden des Allrussischen Rätekongresses Kallinin schloß der Kongress seine Tagung unter den Klängen der Internationale.

O. E. Moskau, 31. Dezember 1921.

Am 30. Dezember fand die erste Sitzung des neuen Allrussischen Zentralerekutivkomitees statt; es wurde ein Präsidium mit einem Bestande von 15 Mitgliedern und mit Kallinin als Vorsitzenden gewählt. Das neue Exekutivkomitee befristete sämtliche Volkskommissare auf ihrem Posten. Zum Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare wurde Lenin unter härmischen Kundgebungen wiedergewählt, zu seinen Vertretern zur Jura und der zur Zeit noch in Berlin weilende Rykow.

Erfolg für Forth? In der heutigen Sitzung der ungarischen Nationalversammlung legte sich der Abgeordnete Kuppert für die Wahl eines neuen Reichsverwesers an Stelle Forthys ein und nannte als geeignete Kandidaten den Grafen Albert Kypsoni und den bekannten liberalen Publizisten Eugen von Rakosi.

Streik auf Mont Cenis. Auf der Zehn Mont Cenis bei Herne, Schacht 1-3, wo die Belegschaften am Freitag in den Ausstand getreten war, sind zwei Drittel der Belegschaft bereits am Sonnabend, der Rest der Ausständigen heute wieder angefahren. In einer Belegschaftsversammlung hatten die Vertreter des alten und christlichen Bergarbeiterverbandes sich entschieden gegen den wilden Streik ausgesprochen.

Ausschnitten!

Druckfache

Im die

Hauptexpedition der „Freiheit“

Berlin C 2

Brette Straße 8-9

No 1116

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne
Der fahrende Schüler
7 1/2 Uhr: Das Teufel
Der gestiefelte Kain

Neues Volkstheater
Königsplatz 46
7 1/2 Uhr: Jugendfreunde

Staatstheater
Opernhaus
7 Uhr: Margarete
8 1/2 Uhr: Schaulustiges
7 1/2 Uhr: Leonore und Lena
Der Diner zweier Herren

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Ein Traumspiel
Kammerstücke
7 1/2 Uhr: Der Scherzhof
Großes Schauspielhaus
Karlshof
7 1/2 Uhr: Orpheus i. d. Unterwelt

Theater i. d. Königgräber Str.
7 30: Manon Lescaut
Cesla, Jansen, Riemann
Ab Mittwoch täglich:
Die Fahrt ins Blaue

Komödienhaus:
7 30: Fahrt ins Blaue
(Gäßner, Richard, Engl.
Gredl, Stieba, Verburg)
Ab Mittwoch täglich:
Karussell
Cultspiel mit
Maria Costa, Joh. Riemann
u. Margarete

Berliner Theater:
Täglich 7 30 Uhr:
Prinzessin Olala
Fritz Hofmann, G.
Rath, Vitz, Roberts,
Dori Jampa, Herb. Kori

Römische Oper
7 1/2, abendlich 7 1/2
Die große Aufführung:
Operetten Revue
Der Herr der Welt

Wallner-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Spitzenkönigin
Theater des Ostens
(Rose-Theater)
7 1/2 Uhr: Verlorenes Glück
(Sperathener)

Casino-Theater
7 1/2 Uhr:
Der Weg zum Glück
Euntyag 7 1/2 Uhr:
Martina Abenteuer

Residenz-Theater
7 1/2 Uhr:
Das weiße Land
Irene Trisch, Arnold Korf

Trianon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Klimmere dich um Amelie

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Jagueline
Carola Teule, Falkenstein
Walhalla-Theater
8 Uhr:
Jung muß man sein

Möbel
kaufen Sie nirgends so
billig und gut
wie bei
Neugebauer
Charlottenburg, Wilmersdorfer
Str. 128 I, E. Schillerstr. Kein Laden

Ausschneiden!
Inbetrieb des Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!
Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom
1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung
"Freiheit"
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit dem
Unterhaltungsbeleg "Freie Welt", "Jugend-Geselle"
zum Preise von Mk. 21.— monatlich, Mk. 10.50 halbmöndlich,
bei freier Zustellung ins Haus

Auf Teilzahlung

nehr preiswert
große Auswahl
moderner
Anzüge
Schlüpfer
Ulster
Paletots
Cutaways
gestr. Hosen
Damen-
Mäntel
Kostüme
Kleider
Röcke
N. Tyra & Co.
Beusselstraße 20
Bequeme
Abzahlung

Auf Teilzahlung.
Anzüge, Cutaways,
Ulster, Schlüpfer, moderne
Mäntel, Kostüme,
Kleider, Hosen, etc.
Voller Comfort, höchste
Qualität, 22 a, Nähe Köpenick
Bahnhof, Geschäft 9-7.

Gold - Silber - Platin
Sachen und Versch
Goldschmied, Goldarbeiter
kaufen zu hohem Kurs
Ratzlaff & Zimmer
Pilsenerstraße 63

Residenz-Kasino
Bismarckstraße 10
Das Paradies
der Witwenballe
Mit Rundtänzen

Circus Busch
Neues Jahr!
Neue Sensationen!
Ein historisches
Ereignis!
50 Pferde zu
gleicher Zeit
i. d. Ränge!
Eine Meisterleistung,
wie sie Berlin seit
vielen Jahren nicht
gesehen hat.
3. Schluß abendl.
Das erfolgreiche ind.
Kasino-Schauspiel
Die Schlinge d. Durga
Mittwoch, 4. Januar u.
Sonntag, 8. Januar
auch nachm. 3 Uhr
Fr. Vorstellung:
Januar - Sensationen
ab. 7 Uhr: Penelope
Klein-Gottwald als
Robinson Crusoe
8 1/2 Uhr: 1 Kind freil!
Weitere Kinder halbe
Preise.
Vogl. Wertheim
u. Circuskoffen

Oskar Wollburg
Berlin N. Brunnendamm 56-57

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Pilsenerstr. 83-85
Geschäftstagen von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon Amt Norden Nr. 833-836

Die Sitzung der engeren Verwaltung
beginnt wegen der am selben Tage
noch stattfindenden Funktionär-Konferenz
bereits nachmittags 3 Uhr.
Sämtliche Antragsteller u. Verwaltungs-
Mitglieder werden ersucht, sich aus dem
Grunde pünktlich zu der angegebenen Zeit
einzufinden.

Achtung! **Achtung!**
Former und Berufsgenossen
Die Vertrauensmänner-Konferenz findet am
Donnerstag, den 5. Januar, abends 6 1/2 Uhr,
hier, in der Pilsenerstr. 83-85.

Achtung! **Achtung!**
Branchen-Versammlung
der Vorschloffer und der
Kollegen aus den Betrieben
für gelöste Bleche.
Tagungsordnung:
1. Bericht der Tarifkommission.
2. Diskussion. 3. Beschließendes.
— Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Die Vertrauensmänner-Konferenz des 11.
Bezirks findet am Mittwoch, d. 4. d. Mts., um
5 Uhr statt.

Achtung! **Achtung!**
Innungsschmiede
Donnerstag, den 5. Januar 1922, abends
7 Uhr, in Vockers Festsaal, Webersstr. 17
Vollversammlung
Die Tagesordnung wird in der Versammlung
bekanntgegeben.
— Mitgliedsbuch ist vorzulegen!
Die Ortsverwaltung.

Kapitän Nr. 4. — das Stück
verkauf, feinst, geschmack-
voll, leicht. Zu kaufen in
den Zigarrenhandlungen u. in
Generalvertrieb C. Köster,
Berlin, Lichterberger Str. 22 (Tel. Rgh. 3961)

**Inventur
Ausverkauf**
Ständig
billig

Ulster
85-198-350-
Kleider
190-298-375-
Kostüme
275-450-685

Püsch- und
Brottschwanz-
Mäntel von 595-an
Eskimo- und
offenheulartige
Mäntel von 575-an
Röcke u. Blusen
von 69-an

Colort gesucht:
2 flotte Stenotypistinnen
Angenehme Voreinstellung / Beschäftigen 9-1
Deutscher Textilarbeiter-Verein
Wagelstraße 6-7

Dukaten-Gold 900 gest.
14 karat. Gold 800 gest.
8 karat. Gold 200 gest.
Stück von 35.00 Mark

Trauringe
billiger
Stets vorrätig am Lager
Trauringfabrik Minoga
Berlin O. Gröner Weg 69
1. Filiale: Dresdener Str. 31
2. Filiale: Schönhauser Allee 29.

Die Sozialistische Genossenschaft
für alle
Genossenschaftlichen
Organisations- u. Verwaltungs-
Beratung, „Sozialistische Genossenschaft“, Clara-Pl.



„Feuerhand“
die moderne Patent-Karbidlampe
brennt für wenige Pfennige klar
und hell wie elektrisches Licht
Preis mit Glocke Mk. 38.00

Nach außerhalb versenden wir die
Lampe mit Glocke in Holzkisten
verpackt, hierzu 1 kg Karbid mit
Büchse u. Reinigungsadel, Ihnen
franko zu, wenn Sie uns mit der
Bestellung 60.— Mark einsenden!
Nachnahmeversand findet infolge
der jetzigen hohen Postkosten
nicht statt!



„Elite“
Balkon- und Laubenlampe mit
extra großem Karbidbehälter
Preis mit Glocke Mk. 25.00

Nach außerhalb versenden wir die
Lampe mit Glocke in Holzkisten
verpackt, hierzu 1 kg Karbid mit
Büchse u. Reinigungsadel, Ihnen
franko zu, wenn Sie uns mit der
Bestellung 47.— Mark einsenden!
Nachnahmeversand findet infolge
der jetzigen hohen Postkosten
nicht statt!



„Famos“
die einfache elegante Tisch-
lampe, tadelloso brennend
Reklamepreis mit Glocke 18.—

Nach außerhalb versenden wir die
Lampe mit Glocke in Holzkisten
verpackt, hierzu 1 kg Karbid mit
Büchse u. Reinigungsadel, Ihnen
franko zu, wenn Sie uns mit der
Bestellung 38.— Mark einsenden!
Nachnahmeversand findet infolge
der jetzigen hohen Postkosten
nicht statt!

14

spottbillige
Reklametage

unserer Abteilung
Karbid-Lampen

vom 2.-16. Januar

Wenn Sie statt des teuren Gases unsere modernen
Patent-Karbidlampen brennen, erzielen Sie, wie viele
Tausende, die unsere Lampen schon im Gebrauch
haben, große Ersparnisse.
Unsere Lampen sind sämtlich ausprobiert, mit allen
Vorteilen der Neuzeit ausgestattet, brennen gleich-
mäßig und geruchlos und bieten Ihnen daher tatsäch-
lich einen wirklichen Ersatz für das unbezahlbare Gas.
Ihre Gasrechnung beträgt bei Gebrauch unserer Lampen
die Woche nur 9.— M.; mit einem Kilo Karbid können
Sie bei sparsamer Handhabung eine Woche brennen.
Unsere sämtlichen Lampen sind vom Deutschen
Acetylen-Verein als wirklich brauchbar begutachtet.

Besichtigung ohne jeden Kaufzwang

Während unserer Reklametage
verkaufen wir auch Einzelmuster
in zurückgesetzten Lampen, die
bereits auf Ausstellungen zu
Vorführungszwecken gebrannt
haben und daher nicht mehr als
neu verkauft werden können
von 7.00 Mk. an

Prima Karbid stets am Lager, 9⁰⁰
per Kilo... M.

Franz Borowicz
Metallwaren-Industrie
Berlin SO 26, Waldemarstr. 27
vorn parterre :: Geschäftszelt von 9-7
1 Minute vom Moritzplatz und Oranienplatz
2 Min. v. Görlitzer Bahnhof u. Hermannplatz
Fernspr.: Amt Moritzplatz 4675, 4676

Verkaufsstellen in Groß-Berlin zu Originalpreisen:
Fahrradhaus Pellkowski
Schönhauser Allee 177
am Schönhauser Tor
Otto Piotrowski
Chausseestraße 143
am Stettiner Bahnhof (Amt Norden 1000)

Weitere Verkaufsstellen in anderen Stadt-
teilen und Vororten sowie Provinzstädten
vergeben wir noch und bitten Interessenten,
sich mit uns in Verbindung zu setzen

Sämtliche Zubehörteile
spottbillig
Karbid
für Beleuchtung, Industrie
und Autos am Lager

Was in Berlin möglich ist

Unverantwortliche Maßnahmen der städtischen Behörden.

In der „Freiheit“ vom Mittwochabend haben wir berichtet, daß die städtischen Wasserwerke dem Grundstück Griechenowstraße 10-11 die Wasserzufuhr abgeschnitten haben, angeblich, weil der Verwalter des Hauses die Rechnungen in der letzten Zeit nicht mehr bezahlt habe. Abgesehen davon, daß diese Maßnahme anmutet wie eine Rache an den Hausbewohnern, die doch für die Saumseligkeit des Hausverwalters auch juristisch nicht haftbar gemacht werden können, kommt für die Beurteilung der Rohheit und Schädlichkeit eines solchen Vorgehens noch die hygienische Seite der Sache in Frage. Wir hatten darauf verwiesen, daß in diesen Tagen in Berlin die Grippe grassiert und daß es geradezu einen tödlichen Angriff auf die Gesundheit Duzender von Familien dieses Hauses bedeutet, wenn man ihnen in einer solchen Zeit die Wasserzufuhr abschneidet. Wir hatten die Erwartung ausgesprochen, daß der Magistrat einschreiten und seinen nachgeordneten Dienststellen begründlich machen möge, daß sie im Verkehr mit der Berliner Bevölkerung sich anderer Maßnahmen bedienen.

Diese Erwartung ist unerfüllt geblieben. Heute, nach sechs Tagen, ist den Bewohnern dieses Hauses die Wasserzufuhr noch immer abgeschnitten. Wir richten nun zum zweiten Mal die Frage an den Magistrat, ob er diese unverantwortliche Handlungsweise seiner Beamten deckt oder ob er nicht auch zu der Ansicht kommen muß, daß ein solches Vorgehen gegen an sich unbeteiligte Mieter an die Grenze dessen reicht, was moralisch nicht mehr zu verantworten ist.

Wie uns ein Mieter dieses Hauses mitteilt, hat er sich am Freitag nachmittag mit dem Gesundheitsamt in Verbindung gesetzt und hat von einem Beamten des städtischen Gesundheitsamtes die Aufhebung dieser Maßnahme verlangt. Der Herr hat zunächst seiner Entrüstung darüber Ausdruck gegeben, daß sich die Mieter an die „Freiheit“ gewandt haben. (!) Dann hat der Herr erklärt, die Wasserwerke seien formal im Recht; die Mieter sollten sich aber an das Pfandbrieftamt wenden, um dort eine Verschleuningung in der Behandlung der Angelegenheit zu erreichen. Auf dem Pfandbrieftamt ist den Mietern erklärt worden, daß „alles seinen geordneten Instanzenweg“ ginge.

Will der Magistrat von Berlin, der in seiner Mehrheit sozialistisch ist, die unmittelbare Verantwortung für das Leben einer Anzahl Berliner Familien auf sich nehmen? Warum rührt sich das Nachrichtenamt des Magistrats nicht, um die Deffinitivität über die Gründe des merkwürdigen Verhaltens städtischer Behörden aufzuklären? Wie oft wird diese Angelegenheit noch in der „Freiheit“ behandelt werden müssen, um den von menschlichen Empfinden unberührten städtischen Beamten ihren im höchsten Maße schädlichen Bureaucratismus auszutreiben?

Wintersport

Von Paul Padan.

Der Regen kühlt, und es strömt aus allen Rinnen. Der Sturm löst den Menschen ins Gesicht und in den Rücken, reißt roh an ihrer Kleidung und schmeißt ihnen die Hüte in den Schmutz.

Aus der Diele „Zum Paradiesvogel“ am Kurfürstendamm kommen zwei Damen und zwei Herren. Hinter ihnen dringt durch die geöffnete Tür ein schwacher Klang von Klavier und Geigen und verdrängt schnell in der schmutzigen Straße.

Die Vier wandern in einer Wolke von Parfum, das Nase und Kerzen peinigt, ein Stück den Kurfürstendamm herunter zur nächsten Haltestelle und warten auf die Strahlenbahn. Es sind sicher sehr vornehme Leute aus den feinsten Kreisen, was man schon an ihrer eleganten Kleidung erkennen kann.

„So ein Saumetter!“ sagt die eine der feinen Damen. „Ja, es ist eine Schweinerei!“ bekräftigt die zweite; „da steht man nun hier in Mist und Dreck, und kein so'n Was von Chauffeur läßt sich sein!“

„Schade, schade!“ bemerkt einer der Herren, „ich hätte mich schon so auf ein bißchen Wintersport gefreut.“

„Ach,“ winkte der andere ab, „weist du mit dem Wintersport! Ob wir nu in Friedrichroda oder in Oberhof sitzen und laufen, oder hier am Kurfürstendamm, is ja alles schrecklich egal!“

Die Damen wiehern über den wundervollen Witz. „Er is doch goldig, der Gustav!“ schmeichelt die eine und schmiegt sich eng an ihn.

So stehen sie an der Haltestelle. Der Sturm zerfört die zierlichen Loden der Damen und berennt die Zylinderhüte der Herren; der Regen beschlämmt und beschmutzt acht Laabschuhe.

Dann kommt eine Straßenbahn, sie steigen ein und fahren fort. Ein paar Häuser Straßab stehen zwei Straßenkehrer und legen mit ihren breiten Besen den Schmutz auf dem Damm zu einem großen Haufen zusammen.

Von dem vorbeifahrenden Wagen sind sie mit Rot bespritzt bis zum Kinn, und das Regenwasser läuft ihnen vom Kopf in die langen Stiefel.

„Wechte,“ sagt der eine Kehrter zu seinem Kameraden, „et sieht doch reenerweg keinen Winter mehr in Berlin. Unfereins steht den ganzen Tag in dem Schlamm, und kommt man nach Hause, hat man keinen trocknen Faden am Leib. Wenn nu aber so'n bißchen Frost is, macht sich doch die Arbeit schön und schneller, und man sieht sich aus wie'n Dreddeiwel.“

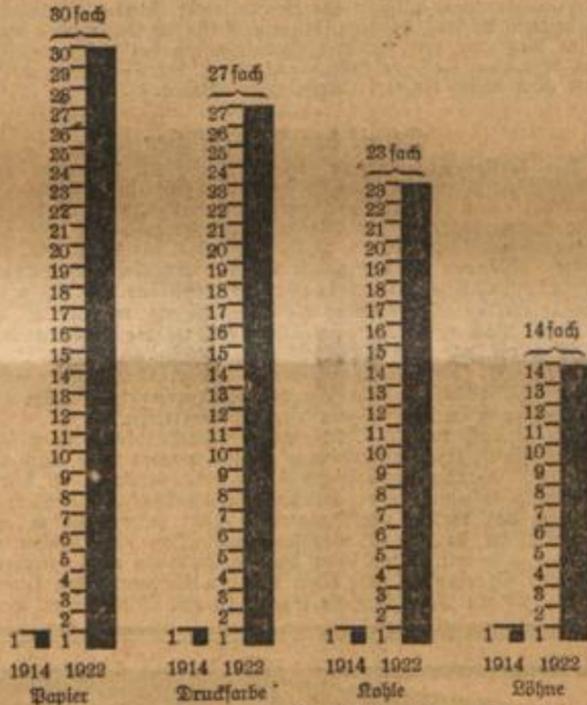
„Mensch,“ meint der andere, „is ja soobe jar, du bist jährenwahnsinnig und willst Wintersport treiben. Rec, nec, wechte, dann müß'n wir am End' noch Luzussteuer zahl'n. Det is nur wat for de Reichen, vafestheit!“

Und sie kehren und klatschen mit den Schaufeln Schlamm auf Schlamm und Schmutz auf Schmutz.

Die riesenhaft gestiegenen Herstellungskosten

zwangen, wie bereits mitgeteilt, auch den Verlag der „Freiheit“, den Abonnementspreis für die Zeitung pro Monat auf 21 Mark zu erhöhen. Durch diese Erhöhung ist jedoch noch lange nicht ein Ausgleich zwischen den gestiegenen Herstellungskosten der Zeitung und den Abonnementsgebühren herbeigeführt worden. Bei der Abonnementspreiserhöhung hat die große wirtschaftliche Notlage der werktätigen Bevölkerung durch den Verlag weitestgehende Berücksichtigung gefunden.

In welchem Verhältnis die Ausgaben für Herstellung der Zeitung zu dem Abonnementspreis gestiegen sind, mag den Lesern folgende graphische Darstellung zeigen, die wir der „Leipziger Volkszeitung“ entnehmen:



Nach Kenntnisnahme dieser Verhältniszahlen wird sich wohl kein Leser der Uebersetzung verschließen, daß die Abonnementspreiserhöhung nicht nur berechtigt, sondern auch im Interesse

des Weiterbestehens der Zeitung dringend notwendig ist. Will die Arbeiterschaft ihrer bedeutsamen geistigen Waffe im Kampfe gegen die ungezählten Feinde nicht verlustig gehen, muß sie das Opfer der Erhöhung des Bezugspreises der „Freiheit“ bringen.

Genossen und Genossinnen! Werbt auch im neuen Jahre neue Leser und neue Freunde für die „Freiheit“. Sie wird wie bisher in allen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiterklasse auch in Zukunft führend und wegweisend sein.

Die oben wiedergegebene graphische Darstellung rechnet, wie hervorgehoben werden muß, mit einem Papierpreis von 6 Mark für ein Kilogramm. Die Papierfabriken planen aber, 7 Mark zu nehmen, was für die Zeitungen eine neue, sehr erhebliche Belastung bedeuten würde. Es bleibt abzuwarten, ob die Papiermagnaten es wirklich so weit treiben werden. Wie die Dinge liegen, ist es durchaus wahrscheinlich, daß es dazu kommt, wenn auch vielleicht nicht sofort.

Die Ermordung des Inders Singh

Die gewaltsame Tötung des indischen Studenten Shioden Singh, welche in den ersten Tagen des Februar ds. Js. das Schwurgericht des Landgerichts III beschäftigen wird, soll, wie jetzt plötzlich die angeklagte Ehefrau behauptet, ein politischer Mord sein, da auf den Kopf des Singh angeblich von der englischen Regierung ein Preis ausgesetzt war. Der mitangeklagte Chauffeur Max Arnold behauptet plötzlich, gestrichelt zu sein, während Frau Hildegard Singh von Rechtsanwalt Dr. Walter Jaffe unter Beweis stellen läßt, daß sie selbst mit der Tötung ihres Mannes nicht das geringste zu tun gehabt habe. Sie habe an der Beseitigung ihres Mannes, gegen den sie eine unüberwindliche Abneigung gehabt habe, da er als Inder — so unangenehm auch, keinerlei Interesse gehabt, da sie schon die Scheidung eingeleitet hatte. Dagegen habe sich jetzt herausgestellt, daß die englische Regierung auf den Kopf ihres Mannes einen Preis ausgesetzt habe, da er während des Krieges in Deutschland und in Indien und Ägypten den heiligen Krieg der Buddhaanhänger und Mohammedaner gegen England geführt habe. Da in der Verhandlung verlußt werden soll, jetzt stellen, ob Singh tatsächlich das Opfer eines politischen Mordes geworden ist, wird sich der Frage, für den drei Sitzungstage angelegt werden, sehr interessant gestalten, weil er in gewisser Beziehung ein Gegenstück zu der Ermordung des früheren türkischen Großwehrs Talaat Pascha bildet.

Kleine Lokalnachrichten

Die sturmartigen Winde haben wieder einige Unfälle herbeigeführt. Montag nachmittag wurde der Arbeiter Emil Giermann, als er auf seinem Zweirade die Straße Alt-Moabit entlangfuhr, durch einen heftigen Windstoß samt seinem Rade zu Boden geworfen. Er stürzte so unglücklich, daß er einen Schädelbruch davontrug und nach dem Krankenhaus Moabit geschafft werden mußte. — Montag vormittag gegen 11 Uhr riß der Sturm die Regengasse des Hauses Schlegelstraße 14 teilweise ab und schleuderte sie auf die Straße. Die in diesem Augenblick vorübergehende Frau Sophie Tisch wurde getroffen und erheblich am Kopfe verletzt. Sie erhielt auf der nahen Rettungswache die ersten Verbände. — Montag vormittag wurden der 26 Jahre alte Hausdiener Wilhelm Kreide und seine 30jährige Ehefrau Agnes in ihrer Wohnung, Driesener Straße 24b, bewußlos in ihren Betten liegend aufgefunden. Ein herbeigerufener Arzt stellte fest, daß beide von verdorbenen Speisen gegessen hatten. Sie mußten nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft werden.

Der 44 Jahre alte Wächter Hermann Stein aus der Straßburger Straße 56, wurde Montag vormittag in seiner Wachtstube im Industriehause, Warschauer Straße 39, tot aufgefunden. Allem Anscheine nach hatte er den Gashahn in dem kleinen Raum nicht ganz geschlossen, so daß er durch das austretende Gas vergiftet und getötet werden konnte.

Sonntag Nacht wurde der Werkmeister Friedrich B. aus der Straßburger Straße in der Steinstraße von drei unbekannt gebliebenen Männern überfallen und ausgeraubt. Die Furschen entwendeten ihm mit Gewalt den Mantel, einen schwarzen Reizurhut, eine silberne Taschenuhr, eine leberne Brieftasche mit 300 M. Papiergeld, Militärapok, Einreise-Erlaubnis mit Bild, das Verbandsbuch vom Werkmeister-Verein und verschiedene andere Papiere, ferner sechs Wohnungsschlüssel im Gesamtwert von 2200 Mark und liefen davon. — Mit 1 489 000 M. durchgebrennt ist der 37 Jahre alte Gemeindevorsteher Heinrich Max Brunow von Poststedt bei Leipzig. Der Ungetreue, der aus Schellenberg bei Chemnitz stammt, hat die große Summe unterschlagen und ist seit neuester flüchtig. Er wird auch in Berlin gesucht. Brunow ist 1,70 Meter groß und unterleibt, sieht gut genährt aus, hat dunkelblondes Haar, ein wenig Schnurrbart und hervorragende Augen.

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Herr. Copyright 1921 by Grötsch & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(107. Fortsetzung.)
Es ist ja richtig, daß es recht viele Verschiedenheiten zwischen uns gibt. Aber diese Verschiedenheiten ergänzen einander.

Anstatt in einem fort ihre Weisensfremdheit gegeneinander herporzuführen, würden beide Völker besser tun, jedes nach seinem Können, gemeinsam an einem Wiederaufbau beider zu arbeiten.

Nach unserem sogenannten Sieg sind wir beide, wir blind, sie lahm, die richtigen Invaliden, wie sie im Bunde stehen.

Ich sage dies einigermahen schüchtern, denn ich weiß, daß ich Gefahr laufe, Sie aufs neue zu erzürnen. Aber ich kann Ihnen versichern, ich rede nicht ins Blaue hinein. Ich glaube, daß dies unser einziger Weg zum Heil ist.

Die Uneinigkeit zwischen Frankreich und Deutschland, die Feindseligkeit Frankreichs gegen das heutige Rußland, das hat die Rahmlegung Europas zur Folge. Die Verständigung dieser drei Völker bedeutet den Frieden auf dem Festland.

Soll ich mit einer Weisung abschließen, es ist möglich, sagen wir besser, es ist notwendig, sagen wir noch besser, es ist Schicksalsbeschluß, daß diese Vereinigung zustande kommt. Ja, Schicksalsbeschluß! Die Verbindungen zwischen den Völkern breiten sich immer mehr aus. Wir treten ins Zeitalter der Völkerbünde ein. Warum soll man sich noch mit Gewalt den Ergebnissen der wirtschaftlichen Notwendigkeiten widersetzen? Der Weiser, die Stadt, die Landschaft, das Land — das sind die großen Etappen des menschlichen Zusammenflusses. Glauben Sie, daß der große Uhrmacher, der unser Geschick regelt, sich für immer zurückgezogen hat?

Also?
Sie sehen, ich schließe mit einem Fragezeichen...

J. R.

32

Trotz alledem!

Herrn Jacques Réal

Berlin
Hotel Adlon.

Ich habe Ihre Briefe erhalten und kann Ihnen nicht sagen, wie sehr sie mich gekreuzt haben.

Es wird Ihnen vielleicht genügen zu hören, daß ich mich, außer im Augenblick Ihres Eintreffens, immer recht verlassen fühle. Das kommt wohl von der Gewohnheit. Unsere täglichen gemeinsamen Arbeiten sind mir zum Bedürfnis geworden.

Wie froh wäre ich, wüßte ich wenigstens, wann diese Arbeiten wieder beginnen werden.
Bringen Sie mir keine großfüßige Schweizer Sekretärin mit oder gar eine junge Deutsche, die „fähig ist, sich organisieren zu lassen.“

Ihre Reizung zu diesen Leuten wird wirklich bezaubernd. Glauben Sie nicht, von Ihren großherzigen Hoffnungen genarrt zu werden, ja, vielleicht noch schlimmere Erfahrungen machen zu müssen, wenn Sie Ihre ganze Zuversicht auf die germanische Zuverlässigkeit setzen?

Wir würde es wirklich nicht leicht, die fürchterlichen Erfahrungen zu vergessen, die wir mit ihrem von Grund aus üblen Willen und ihrer unaufhörlichen Heuchelei gemacht haben. An dem Tage, an dem es Deutschland ehrlich meinen, an dem es Beweise seines guten Willens und seiner Reue geben wird, werde ich von ganzem Herzen wie Sie sprechen. Aber sehen Sie auch nur die Morgendämmerung dieses Tages? Ich ersehne ihn, wage ihn aber nicht zu erwarten...

Yvonne.

33

Der Zweifel als Glaubensartikel.

Fräulein Yvonne Vidal

Paris.

Da haben wir's! Ich habe nur darauf gewartet! Deutsche Doppelzüngigkeit! Deutsche Treulosigkeit! Deutsche Hinterhältigkeit! Deutsche Heuchelei!

Sie sind also auch so weit, mein Kind? Ja, auch Sie sind von jener Vorstellung belesen, an der bei uns jetzt, dank dem Nachrichtendienst der Verbündeten, so viele leiden! Die

deutsche Heuchelei ist bei uns genau so ein Dogma wie der Haß gegen Deutschland.

Wo hat sich denn ihre Treulosigkeit so deutlich gezeigt? Bei der Erfüllung des Vertrages, den man sie mit dem Revolver an der Schläfe unterzeichnen ließ? Zugegeben. Sie lachten eben auch unter dieser Drohung zu leben. Das ist ihr Recht. Heute schreien unsere Unterhändler, als sollte uns die Haut abgezogen werden. Es ist die Folge ihres Unverstandes. Warum haben sie zuviel verlangt! Warum haben sie nichts erreicht! Sie haben einen Rachevertrag statt eines Friedensvertrages geschlossen. Die Federhelden wollten auch ihren Sieg haben. Sie haben nur an die Vernichtung des geschlagenen Volkes gedacht, nicht an die Notwendigkeit, daß alle Parteien wieder zum Leben erwachen.

Das ist freilich der übliche Irrtum. Auch Bismarck hat ihn nicht vermieden.

Die Folge ist, daß noch nie ein Besiegter einen Vertrag ohne heimlichen Vorbehalt unterschrieben hat. Haben wir in Frankreich nicht vierzig Jahre lang danach gestrebt, den Vertrag von Frankfurt zu zerbrechen?

Macht ihnen doch vernünftige und fruchtbare Vorschläge und ihr werdet sehen, ob sie heucheln!

Aber schadet nichts! Heute schreit in Frankreich jedweder, vom Greis bis zum Knirps, vom Analphabeten bis zum Professor, vom Wähler bis zum Minister, bei allem, was die Deutschen versuchen, verlangen, vorschlagen: Heuchelei!

Heuchelei, als ihre Sozialisten 1917 verkündeten: „Die europäischen Regierungen mit ihrer Geheindiplomatie und ihrer Eroberungsgier haben den Krieg entfesselt, die Völker wollen den Frieden. Genug der Toten, der Verwüstungen, der Leiden.“

Heuchelei, als sich vernünftige Deutsche vor 1914 für Friedensfreunde erklärten!

Heuchelei, als der Präsident der preussischen Landesversammlung im Januar 1921 sprach: „Wir müssen alles daran setzen, um durch den republikanischen Geist den monarchistischen zu verdrängen, der sich bei den Truppen immer mehr vorbrängt. Durch diesen reaktionären Einschlag werden die schwersten Vorurteile wider Deutschland wach.“

Heuchelei, wenn die Bergleute des Ruhrgebiets drohen, den Bayern die Kohle zu entziehen, wenn ihre Wehren nicht entwaflnet werden.

(Fortsetzung folgt.)

Der Betrieb einer Geheimbrennerei bildete den Gegenstand einer gegen den Gastwirt Otto Lemke, den aus Russland stammenden Simon Butterflam und den aus Rußisch-Polen hierher gekommenen Schlosser Jatozski gerichteten Anklage. Sie waren beschuldigt, eine dem Reiche in dem Branntweinmonopolgesetz vorgesehene Einnahme diesem vorzuenthalten zu haben. Weiter des Hauses Lendorfer Straße 88 in Lichtenberg hatten der Polizei mitgeteilt, daß im Keller des Hauses geheimnisvoll ein Brennerbetrieb vor sich gehe. Als Polizeibeamte in den Keller eindringen, fanden sie eine völlige Brennerzei- richtung vor. Bei den Verhandlungen mit der Polizei ließen sich die jetzt Angeklagten auch noch Versuchsversuche zuschulden kommen. Auf sachliche Einwendungen der Verteidiger beschloß das Gericht, die beiden Anklagesachen zu trennen und bezüglich der Branntweinbrennerei noch weitere Beweise zu erheben. Wegen der Beamtensbestechung lautete das Urteil gegen die beiden letzten Angeklagten auf je 3 Monate Gefängnis.

Ein armer Invalide verlor vorgestern beim Abholen von Briefen auf dem Postamt 4, Stettiner Bahnhof, seine ganze Barschaft nebst der Januar-Rente. Da er vollständig mittellos geworden ist, bittet er christliche Finder um Abgabe an Weber bei Köbig, Chausseestr. 42 III.

Die Rohrpostgebühren betragen jetzt für die Rohrpostkarte 4 M. 50 Pf., für den Rohrpostbrief 5 M. 50 Pf. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Rohrpostsendungen, wenn sie über den Bereich des Rohrpostnetzes hinausgehen, von der Post innerhalb Deutschlands als Eilsendungen behandelt und dem Empfänger durch besondere Boten zugestellt werden, ohne daß eine weitere Gebühr dafür erhoben wird.

An unsere Abonnenten!

Wegen Differenzen mit einem Teil unseres Personals war es uns nicht möglich, die Abendausgabe der „Freiheit“ vom 2. Januar rechtzeitig unseren Lesern zuzustellen. Wir legen diese deshalb der heutigen Morgennummer bei.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“.

Gewerkschaftliches

Gnadengeschenke

Die Belegschaft der Stralauer Glashütte A. G. stellte vor einiger Zeit an die Betriebsleitung die Forderung einer Wirtschaftsbefähigung, die mit dem Hinweis abgelehnt wurde, daß bei der demnächst stattfindenden 25-jährigen Jubiläumfeier der Firma die Arbeiter berücksichtigt werden sollten. Diese fand inzwischen statt, und groß war die Enttäuschung, als dem Betriebsrat das Gnadengeschenk überreicht wurde.

Aus den Zinsen einer Stiftung von 500 000 M. sollen notleidende Arbeiter jährlich bedacht werden...

Das Unternehmen verteilte zuletzt 25 Prozent Dividende, hatte einen Jahresumsatz von vier Millionen, und wagt es, mit solchen erbärmlichen Mäßen die Arbeiterschaft abzuspeisen. Selbsteigert wurde die Erregung noch, als bekannt wurde, daß der Ausschuss der Arbeitszeit für diese „Feier“ nach Feierabend nachgearbeitet werden muß.

Die Belegschaft nahm nun in einer Betriebsversammlung eine Entschließung an, in welcher von dem Geschenk Kenntnis genommen und erklärt wird, und zwar einstimmig, dieses Angebot abzulehnen. Sie forderte, daß dieser Betrag sofort zur Verteilung kommen solle.

Nichtig wurde auch eine halbe Stunde länger gearbeitet, und charakteristisch für diese wohlthätige Firma, für die Aktionäre natürlich, ist die Tatsache, daß der Betriebsdirektor Wolf dem Arbeiterrat nach Zurückgabe der Stützungsmittel erklärte: „Die Arbeiterschaft wolle das Geld ja nur zum Saufen.“ Diesen handlungslosen direktorialen Kaschemmenten wollen wir an dieser Stelle nur niedriger hängen, und wir bewundern dabei die Besonnenheit der Belegschaft, diese brutale Provokation von dieser Firma und von diesem oben gekennzeichneten Direktor als von einem Menschen aufzunehmen, dem Gott verzeihe, denn er weiß ja nicht, was er tut...

Die Arbeiterschaft aber sollte aus diesem Vorgang lernen und von vornherein jede Wohlthätigkeit ablehnen und darauf dringen, anständige und ausreichende Löhne sich zu erkämpfen.

Zurückweisung

Die Branchenleiter des Verbandes der Schneider wehren sich in einer an uns gerichteten Einwendung gegen die oben Angriffe der „Roten Fahne“ und des ausgeschlossenen Mitgliedes, des Kommunisten Wilhelm Schumacher, den wir in unserer lokalgewerkschaftlichen Jahresschau bereits erwähnten. Die „Rote Fahne“ schrieb u. a. folgendes: „Die Unternehmer haben es längst verlernt, Herrn Lehmann ernst zu nehmen, mit spöttischem Lächeln registrieren sie die Tatsache, daß er, Herr Lehmann, alle Verhandlungen den Branchenleitern überläßt. Ein Zustand, der in der Berliner Filiale unerhört und nie dagewesen, der seine Erklärung nur in der gänzlichen Unfähigkeit des Herrn findet.“

Dazu erklärten die Branchenleiter: Diese Sätze sprechen bewusste Unwahrheiten aus und stellen Tatsachen auf den Kopf. Wie weit sind die Verhandlungen in allen Branchen unter der Regie Wilhelm Schumachers von demselben wahrgenommen worden?

Wir, die Branchenleiter der Filiale Berlin des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes, wir stellen fest, daß der Gemein-

Alle freiwillig denkenden Arbeitgeber wählen am 6. Januar bei den Wahlen zur Angestelltenversicherung die Liste

„Freie Arbeitgeber“

groß Wilhelm Schumacher durch Behinderung anderer Arbeiten (z. B. als Beisitzer am Schlichtungsausschuss usw.) sich den Verhandlungen sehr wenig widmen konnte, mit Ausnahme der Herren- und Damenmodenbranche, welche zentral geführt wurden. Die anderen Branchen sind aber sehr fleißig mit der Bearbeitung dieses sich bezüglich fühlenden Bevölkerungsteils, der nur noch vom Amtserlösel träumt, behandelt worden.

Aber die Kommissionen selbst waren herzlich froh, bei Verhandlungen nicht so oft mit der Anwesenheit Schumachers beglückt zu werden; ging doch sein Opportunismus so weit, daß während einer Verhandlungspause im Jahre 1919 eine Kollegin einmal die Frage aufwarf: „Das ist wohl ein Scheidemann?“ Bei einer anderen Verhandlung, wo es sich darum handelte, sich als Organisationsleiter zu entscheiden, um diese Stellungnahme der Kollegenschaft zu unterstützen, versuchte dieser konsequente Leiter, der Kommission zu empfehlen, von einer Stellungnahme Abstand zu nehmen, damit der Leiter nachher in jedem Fall mit einer — „weisen Bestie“ dastünde.

Personenlust treiben, ist nie gut, doch gefährlicher wird er, wenn er zur Höhenanbetung ausartet; denn Höhen sind mehr oder weniger tödlich und hoch.

Doch um der Wahrheit die Ehre zu geben, können wir weiter feststellen, daß, trotzdem zurzeit nur ein beladener Bevollmächtigter, nämlich Kollege Lehmann, tätig ist, derselbe sich mehr bemüht, den Anforderungen der Organisation Rechnung zu tragen und auch unseres Wissens auf Grund seiner Sachkenntnis bei den Arbeitern Achtung genießt, die ein Wilhelm Schumacher durch seine Rede vor den Berliner Schafmachern bei diesem wie bei der denkenden Kollegenschaft verloren hat. — Damit wollen wir aber dieses Kapitel endgültig beschließen.

Streik der Müllkuttcher

Der bereits angekündigte Streik ist am 29. Dezember 1921 Wirklichkeit geworden. Am 22. Dezember fällte der Schlichtungsausschuss einen Schiedsspruch, der den Arbeitnehmern je 300 M. Teuerungszulage für den Monat Dezember zubilligte und eine Lohnerhöhung von 100 M. wöchentlich ab 1. bis 15. 1. 1922 festsetzte. Während die Belegschaft sich dem Schiedsspruch unterwarf, lehnte die Direktion denselben ab bzw. sie wollte nur ab 17. Dezember die Lohnerhöhung von 100 M. gewähren. Nach der Arbeitseinstellung erklärte die Direktion dem Betriebsrat, daß sie die Lohnerhöhung bereits ab 15. 12. 21 gewähren will. Da dem Transportarbeiterverband hiervon offiziell keine Mitteilung zuging, wünsch die Betriebsfunktionäre eine Verhandlung im Beisein von Verbandsvertretern.

Die zunächst zum 3. 1. 22 zugesagte Verhandlung, in welcher wahrscheinlich eine Verständigung erreicht worden wäre, wird von der Direktion ohne stichhaltigen Grund hinausgeschoben. Es dürfte der Geschäftsleitung schwer fallen, der Öffentlichkeit glaubhaft zu machen, daß es ihr vor Donnerstag nicht möglich sei zu verhandeln, da sie ihre Verhandlungskommission nicht früher zusammen bekommen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Genossenschaft an einer schnellen Beilegung des Streiks nichts gelegen ist. Die Hufe können ja voll Müll liegen, wenn

die Genossenschaft dies für ihre Zwecke, eine weitere Mieberhöhung bei den Behörden durchzubringen, für notwendig erachtet. Im Interesse der Bürger scheint es geboten, daß der Magistrat hier einmal ein gewichtiges Wort mit der Gesellschaft redet.

Stuhl- und Gipsbaubranche. Bekanntlich läuft das Lohnabkommen — außer den sonstigen tariflichen Bedingungen — am 31. Dezember 1921 ab. Verhandlungen mit den Arbeitgebern verliefen resultatlos und haben wir den Schlichtungsausschuss angerufen. Wir werden den Kollegen sofort nach der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss das Ergebnis in einer demnächst stattfindenden Versammlung bekanntgeben und besteht bis dahin das alte Verhältnis fort. Die Sektionsleitung.

Betriebsräte Teltows und Umgegend. Am 6. Januar abends 6 Uhr beginnt ein Kursus der Betriebsräteschule Groß-Berlin im „Weißen Schwan“ in Teltow. Thema: Das Betriebsrätegesetz. Hörermeldungen, auch von Nichtbetriebsräten, sind zu richten an R. Lammus, Teltow, oder bei Beginn des Kursus.

Alle Entlassenen von Hennigsdorf finden sich heute vormittag 11 Uhr in Franke's Festhallen, Triftstraße 63, ein.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Am Stelle der als Delegierte zum Parteitag in Leipzig gewählten Genossen Bollmerhaus und Manasse, die beide das Mandat nicht ausüben können, treten die Genossen Beder, Adlershof und Schweikardt, Berlin.

Die Mitglieder der Geschäftsleitung werden ersucht, an der heute, Dienstag, abends 7 Uhr im Raifhaus, Zimmer 109, stattfindenden Fraktionsführung der Stadtverordneten teilzunehmen. Die Geschäftsleitung.

Objekte der Bezirks-Bildungs-Kommissionen. Am Freitag, den 6. Januar, abends 7 Uhr, findet in der Arbeiter-Bildungsschule eine Sitzung statt. Alle Bildungskommissionen müssen vertreten sein.

Dienstag, 3. Januar

Heute abends 7 Uhr Referentienantritt der Genossin Seger, Arbeiter-Bildungsschule.

Mittwoch, 4. Januar

12. Bezirk. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung der 44. und 67. Verkaufsstelle der Kommunal-Genossenschaft. Die Parteigenossen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Versammlung findet in der Villa, Schönhauser Str. 7, statt.

15. Bezirk. Kommunale Kommission. 7 Uhr Vorkonferenz bei Müller, Harnischstr. 24. Sämtliche ehrenamtliche Stadt- und Bezirksvertreter sind einzuladen.

16. Bezirk. Abends 7 Uhr gemeinsame Sitzung der Frauenarbeiter-, Arbeiter- und Bildungskommission bei Müller, Harnischstr. 24.

17. Bezirk. 3. Abteilung. Abends 7 Uhr Abteilungsversammlung bei Böning, Krieger Str. 48.

18. Bezirk (Kreuzberg). Einberufung des verehrbaren Gen. Robert Schulz mittags 12 1/2 Uhr in Wannhulsenweg.

Vereinskalender

Dienstag, 3. Januar

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion 5. Quartier der Meißel-Industrie. Abends 7 Uhr Funktionärskonferenz in der Brauerei Friedrichshagen. Mitgliedsbuch und Legitimationen sind am Sonntagsabend 2000 Kontrolle vorzugeben.

Mittwoch, 4. Januar

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Handwerksarbeiter- und Arbeiterinnens aus den Engros- und Detailbetrieben der Tuchbranche (Damenhüte, Kleider und Hosen). Abends 8 Uhr Gruppenversammlung bei Witt, Köhlstr. 23.

Bezirksverband der Schuhmacher. Abends 7 Uhr Bezirksversammlung bei Wöh, und Reparaturschuhmacher im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24-25, Saal 1. Tagesordnung: Stellungnahme zum Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin.

Modell- und Jubiläumskomitee. Die für Mittwoch, den 4. Januar 1922 angesetzte Betriebsversammlung fällt aus und findet statt am Donnerstag, den 5. Januar in der Schulstra. 16-17 eine Branchenversammlung statt. Die Branchendelegierten.

Arbeiter-Sportverein, 18. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr Versammlung im Sportplatz, Kreuzberg-CK, Hauptstraße. Ref. Genosse Dellbrügge.

Arbeiter-Männerbund Naturfreunde, Hell. Bez. Teltow-CK. Heute Freitagabend des Freizeitsportklub. Thema: Einlage proletarischer Kultur. Pünktlich 8 Uhr.

Geschäftliches

Berliner Modisten. Wie die Konzepte im Interzessentell der heutigen Ausgabe bekanntgeben, gelangt in diesem Jahre erstmalig das bekannte Berliner Modisten (Ganzhies) zum Ausverkauf. Der Ausverkauf beginnt Donnerstag, den 5. Januar 1922.

Verantwortlich für Politik und Redaktion: Leo Liebschütz, Berlin-Friedrichsberg; für Kommunalpolitik, Soziales und Gewerkschaftliches: S. Kasper, Berlin; für den Interzessentell und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komerziner, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H. Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

INWENTUR-VERKAUF

„Was wir bieten“

Waren z.T. unter Herstellungspreis, z.T. bis zur Hälfte herabgesetzt

Kein Verkauf an Wiederverkäufer — Mengenabgabe vorbehalten

Trikotagen	Schirme	Korsette	Strumpfwaren
Normalhemden wollgemischt, alle Größen 75⁰⁰	Schirme für Damen u. Herren haltbare Qualität 69⁷⁵	Gürtelkorsette vorzügliches Dreifachstoff 25⁰⁰	Damen-Strümpfe Bwl., gewebt, schwarz und Leder 8⁵⁰
Herren-Hemden Bwl., m. farbige Einsätze, alle Größen 75⁰⁰	Schirme für Damen u. Herren schönes Naturleinenort. 98⁰⁰	Leibchen für Backstoffe aus guten Dreifachstoffen 39⁵⁰	Damen-Strümpfe Bwl., gewebt, schwarz und farbig 12⁵⁰
Normal-Beinkleider wollgemischt, alle Größen 68⁰⁰	Schirme f. Damen u. Herren Halbweide, mit Futter! 145⁰⁰	Hauskorsette ganz Dreifachstoff, gute Verarbeit. 65⁰⁰	Damen-Strümpfe Bwl., gew., schwarz u. moderne Farben 16⁵⁰
Herren-Beinkleider Bwl., angewebt, Futter, alle Größen 58⁰⁰	Damenschirme in Japan-Ausführung 198⁰⁰	Korsette weisse Dreif., langhültig, waschb. Einlagen u. Halter 75⁰⁰	Herren-Socken Bwl., gestrickt, grob, starke Qualität 7⁹⁰
Herren-Garnituren Jacken, Bekleid. Bwl., alle Größen 95⁰⁰	Große Posten Reste „Kupons“ ohne Rücksicht auf die früheren Preislagen		
Damen-Schlupfhöschen Baumwolle, gewebt, in vielen Farben 35⁰⁰	Bunte Damen-Schürzen mit Trägern, Wiener Form, verech. Ausführ. 11⁷⁵ 19⁵⁰ 29⁵⁰ 37⁵⁰	Herren-Socken Bwl., gewebt, schwarz und farbig 12⁵⁰	
Damen-Hemdchen Bwl., wolle, gestr., 1/2 Arm, laQualität 39⁰⁰	Knaben-Schürzen in verschiedenen Größen, aus besten Stoffen 12⁵⁰ 17⁵⁰ 25⁰⁰	Herren-Socken reine Wolle, gestrickt, mallert 16⁵⁰	
Damen-Sportjacken rein. Wolle mod. Farb. 375⁰⁰	Herren-Socken reine Wolle, gestrickt, grau/mallert 21⁵⁰		
Kinder-Erstlingsjackchen Bwl., weisse 4⁹⁰	Kinder-Strümpfe Gr. 2-5 Gr. 6-8 Gr. 9-11 1x1 gestr., Wollplatt., schwa. 18⁵⁰ 24⁵⁰ 30⁰⁰		

HERMANN TIETZ

Erläuterungen zum Entwurf des Agrarprogramms

Von Karl Marxionini

IV.

Wie in den Großbetrieben, so muß auch in den Mittel- und Kleinbetrieben die Produktion gefördert werden. Hier werden die Genossenschaften besonders den Mittel- und Kleinbetrieben eine wertvolle Stütze sein. Darüber hinaus müssen besonders gesellschaftliche Mittel zum Bau von Wohnungen, Wirtschaftsgebäuden, Wegen, Verkehrsmitteln, Licht-, Kraft- und Wasseranlagen bereitgestellt werden. Die Preise für Agrarprodukte werden von Körperschaften auf Grund genauer Bestimmungen der Produktionskosten festgelegt. Ihnen gehören die Vertreter der Wirtschaftskräfte, der Großbetriebe, der Klein- und Mittelbetriebe sowie der Verbrauchergenossenschaft an. Das gesamte Versicherungswesen wird sozialisiert, was besonders für die Mittel- und Kleinbetriebe ein Vorteil ist, die heute häufig unzureichend versichert sind, und die bei vorkommenden Unglücksfällen schweren Schäden erleiden. Auskunftsstellen, die allen produktiven Tätigen auf dem Lande zur Verfügung stehen, werden wiederum für die Klein- und Mittelbetriebe besonders wertvoll sein. Ebenso wird die Ausdehnung der gesamten sozialen Versicherungsgesetze, insbesondere der Krankenversicherung, auf die Mittel- und Kleinbetriebe für die bäuerliche Bevölkerung ein Segen sein. Der Sozialismus schafft einmal eine bessere Verbindung zwischen Stadt und Land durch großzügige Verkehrsmittel, dann aber auch kulturelle Einrichtungen. Das landwirtschaftliche Schulwesen, die landwirtschaftlichen Hochschulen und Einrichtungen für die gesamte Agrarwirtschaft. So wird der Sozialismus die arbeitende Landbevölkerung auf eine höhere Kulturstufe bringen.

In einer sozialistischen Bedarfswirtschaft kann es natürlich keine Bodenspekulation geben. Ihre Beseitigung ist ja auch das Ziel zahlreicher bürgerlicher Bodenreformen. Der Handel wird also unterlagert; wer sein Grundstück nicht länger bewirtschaften will, stellt es dem Kreiswirtschaftsrat zur Verfügung, der den Besitzer in angemessener Weise entschädigt und der über die weitere Bewirtschaftung des Betriebes befindet. Es wird entweder, wenn es dazu geeignet ist, der planmäßigen Bewirtschaftung der Großbetriebe unterstellt, oder es wird zu den von den Wirtschaftsräten erlassenen Bedingungen verpachtet. Eine Reform des Erbrechts muß ebenfalls stattfinden.

Der Streit, ob der Großbetrieb oder Kleinbetrieb höhere Erträge abwirft, braucht uns nicht besonders zu beschäftigen. Wie die Dinge heute liegen, sind beide Betriebsgruppen gesellschaftlich äußerst notwendig, und deshalb müssen beide mit gesellschaftlichen Mitteln gefördert werden. Sicherlich gehört dem Großbetrieb die Zukunft, und die Vermehrung der Kleinbetriebe auf Kosten der Großbetriebe ist zu unterlassen. Im Kleinbetrieb wird noch so lange intensiv produziert werden müssen, bis Groß- und Mittelbetriebe soweit erzogen, daß alle Mitglieder der Gesellschaft reichlich ernährt werden können. Was dann aus den Kleinbetrieben wird, müssen spätere Geschlechter entscheiden.

Das Agrarprogramm
Die Gesellschaft hat jetzt alles Interesse daran, die Lage der bäuerlichen Bevölkerung günstig zu gestalten und zu heben. Alle ihre Maßnahmen müssen darauf abzielen. Doch kann sie nicht dulden, daß ein Stand, der im Besitze des Grund und Bodens ist, seine Monopolstellung derart ausnützt, daß die Lage der

übrigen arbeitenden Bevölkerung dadurch ungünstig wird. In der sozialistischen Bedarfswirtschaft müssen Produktion und Verteilung der Produktion einen gleichmäßigen Charakter bekommen, und dieser Grund muß auch für die bäuerliche Bevölkerung maßgebend sein. Ihre Betriebe werden, soweit sie mehr produzieren können, als sie selbst verbrauchen, dem allgemeinen Wirtschaftspläne unterstellt.

Bei allen Entscheidungen über die Agrarwirtschaft hat die bäuerliche Bevölkerung ein Mitbestimmungsrecht. Wer trotzdem sich beharrlich weigert, die Bestimmungen zu beachten, muß enteignet werden. Der Betrieb wird entweder gesellschaftlich bewirtschaftet oder verpachtet. Zu solchen Maßnahmen muß gegriffen werden, wenn eine planmäßige sozialistische Bedarfswirtschaft gedeihen soll.

Genossenschaftswesen.

In der Agrarwirtschaft haben die Genossenschaften äußerst wichtige Funktionen zu erfüllen. Schon jetzt ist das Genossenschaftswesen auf dem Lande weit verbreitet. Die ländlichen Genossenschaften befinden sich im Rahmen zweier Kreisverbände, des Generalverbandes der Deutschen Reisselgenossenschaften und des Reichsverbandes der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Der Generalverband Deutscher Reisselgenossenschaften setzt sich zusammen aus Vorstand, Generalverbandsrat, Sonderausschüssen, Geschäftsführung und Generalverbandsrat. Sonderausschüsse sind eingerichtet für Betriebsgenossenschaften, für das Volkswirtschaftswesen, für das Winter-Reisewesen, für die Revisionen, für die Versicherungen, für die Rechtsentwicklung, für die Prüfung von Druckmustern. Die Abteilungen zerfallen wieder in eine allgemeine Abteilung, in eine Revisionsabteilung, in eine literarische Abteilung, in eine Rechtsabteilung, in eine volkswirtschaftliche Abteilung, in eine publizistische Abteilung, in eine statistische Abteilung, in eine Druckabteilung, in eine Verwaltungsabteilung. Einen ähnlichen Apparat hat der Reichsverband der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Diese Genossenschaften haben Milliardenumsätze, Millionen-gewinne zu verzeichnen. Die Tätigkeit erstreckt sich aber nicht etwa im Geldverleih, im Erwerb und Absatz von Erzeugnissen, in der Herstellung von Produkten; die ländlichen Genossenschaften suchen dem Landwirt in allen Wirtschaftszweigen Beistand zu leisten. Sie gehen ihm Auskunft, sie gewähren ihm Rechtsbeistand, sie vermitteln ihm Arbeitskräfte, sie helfen ihm bei der Siedlung, bei der Abgabe der Steuererklärungen.

Die Produzenten erkennen immer mehr den Wert der Genossenschaften. Es wird ihre Ausdehnung auf die gesamte Landwirtschaft propagiert. Man spricht von der Organisierung der Landwirtschaft zu einer Gemeinwirtschaft, von der Auslösung des Zwischenhandels, von einer engen Verbindung zwischen Produzenten und Verbrauchergenossenschaften. Der Ausbau des Genossenschaftswesens wird nach diesen Gedankengängen vorgenommen und es wird auf diese Weise nützliche Vorarbeit für die sozialistische Bedarfswirtschaft geleistet. Kommt diese, so muß zunächst, falls das noch nicht geschehen ist, das Genossenschaftswesen auf die gesamte Agrarwirtschaft erweitert werden. Vor allem aber muß es auf eine gemeinnützige Grundlage gestellt werden. Die Genossenschaften selbst müssen nach den Grundrissen des Ratesystems umgestaltet werden. Vor allem ist der Ausbau der Produktions-Genossenschaften notwendig, die eine Steigerung der Pro-

duktion in den Mittel- und Kleinbetrieben herbeiführen und diesen die weitgehendste Anwendung der modernen technischen Arbeitsmittel ermöglichen werden. Dem Genossenschaftswesen ist der gesamte Geldverkehr für die Agrarwirtschaft zu übertragen. Zu diesem Zweck werden ihnen gesellschaftliche Mittel bereitgestellt, damit sie den Anforderungen genügen können, die an sie gestellt werden. Die Genossenschaften beziehen sämtliche Betriebsmittel für die Agrarwirtschaft. Sie legen sie in den Gemeinden ab. Die Genossenschaften übernehmen die Regelung des Absatzes der Produkte der Agrarwirtschaft. Zu diesem Zweck wird eine enge Verbindung mit den Verbraucher-Genossenschaften und Gemeinden geschaffen, damit eine gemeinsame genossenschaftliche Tätigkeit erfolgen kann. Zu diesem Zweck muß auch den Verbrauchergenossenschaften ein Mitbestimmungsrecht in den Genossenschaften der Agrarwirtschaft eingeräumt werden.

Wenn so die Produktion und Verteilung der Produkte planmäßig organisiert wird, kann eine Steigerung der Produktion sehr bald erfolgen, und damit das große Elend, das heute herrscht, gelindert und allmählich beseitigt werden. Es wird harte Arbeit, der Anwendung aller gesellschaftlichen Kräfte bedürfen, um die Menschheit aus dem wirtschaftlichen und sozialen Sumpf herauszubringen. In diese Tätigkeit muß herangezogen werden, und an der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land liegt es, der sozialistischen Bedarfswirtschaft die Wege zu öffnen und sie zu errichten. Die Industriebevölkerung muß wissen, daß sie ohne die Mitarbeit der arbeitenden Landbevölkerung sich vom Kapitalismus nicht befreien kann, und die produktiven Tätigen auf dem Lande sind wiederum auf die Hilfe der industriellen und gewerblichen Hand- und Kopfarbeiter angewiesen, wenn sie sich von der Herrschaft der Großgrundbesitzer befreien und auf den Boden der wirtschaftlichen Gleichheit zur sozialen und politischen Freiheit und Gleichberechtigung gelangen wollen.

Jugendbewegung Jugendweiche

Am Sonntag, den 12. 10. und 28. März, vormittags 11 Uhr, findet im Großen Schauspielhaus die von der Arbeiter-Bildungsschule H. S. U. veranstaltete Jugendweiche für die Kinder, deren Eltern seiner Kollagen-Gemeinschaft angehören, statt. Anmeldungen hierzu müssen sofort an das Bureau der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8/9, gerichtet werden. Bei der Anmeldung sind folgende Angaben zu machen: Vor- und Nachname des Kindes, wenn geboren vor und Nachname des Vaters oder der Mutter oder des nächsten Erziehungsberechtigten, genaue Straße (Kamen lautlich angegeben). 2 M. Gebühren sind bei der Anmeldung zu entrichten.

Kinder in der zentralen Madefests-Bureau der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8/9, geöffnet von morgens 10 bis nachmittags 6 Uhr, werden Kassenbesitzer angenommen: Kassen bei Reichardt, Wilmanns Str. 12; W. Hoffmann, Deutzer Str. 4 (Kassant); Oppen: Wilmanns, Deutzer Str. 6 (Kassant); Arbeiter-Bildungsschule H. S. U. 2.

Der Funktionserker des Genossen Seger wird selbst am Mittwoch, den 4. und Mittwoch, den 11. Januar ausfallen. Vom Mittwoch, den 18. Januar an wird er pünktlich fortgeführt.

Die Buchhandlung „Freiheit“
Berlin G 2, Breite Straße 8/9
bleibt heute, Dienstag, den 3. Januar 1922 wegen Inventur geschlossen

Ein Reines Tropenerzeugnis

COBU

Cobu, Gatte-Margarine-Fabrik MARGARINE

Bergisch-Märkische Margarine-Werke
F.A. Jassersiedt A.G.
Eberfeld und Berlin-Pichelsdorf

Generalvertretung:
FRANZ JOS. GFRÖRER, Berlin W 50
Ansbacher Str. 56 • Fernspr.: Steinspl. 4848 u. 12144

Geld
Ihre Gelder werden hier
sicher und schnell
verkauft. Wir kaufen
alle Arten von Wert-
papieren, Aktien, Obligationen,
Kontokorrenten, Wechsel,
Schecks usw. Wir
zahlen sofort. 41, III.
Ecke Kochstr.

Billig
Röcke, Blusen,
Kleider, Mäntel,
Strickjacken,
eleg. Ballkleider
STREHLOW
Treskowstr. 21
am Wörtherplatz.

Altmetalle
unveräußerliche Werte
sicher haben. Wir kaufen
alle Arten von Gold,
Silber, Platin, Rhodium,
Iridium usw. Wir
zahlen sofort. 1, I. Um
Kochstr. 417

Altmetalle
sicher haben. Wir kaufen
alle Arten von Gold,
Silber, Platin, Rhodium,
Iridium usw. Wir
zahlen sofort. 1, I. Um
Kochstr. 417

Heinrich Heine
Die soziale Weltrevolution enthält die berühmtesten prophetischen Aussprüche
Dieser Band ist noch von der Erstausgabe der Vermischten Schriften von 1854 vorhanden und kann wegen der Pariser Briefe als eine besondere literarische Denkwürdigkeit angesehen werden!
Preis 12.- Mark
Leinenband 14.- Mark
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin • Breite Str.

Westmanns
Franz-Magazin
Große Auswahl billiger Preise.
I. Mohrenstr. 37 (Kolonnenbau)
II. Gr. Str. 115 (nahe Hindenburgstr.)
Kassensammlung (sof.)
Am 1. Januar 1922

Verzeichnis der „Freiheit“-Expeditionen

- Die Expeditionen sind geöffnet:
Mittwoch von 10-12 Uhr
Nachmittags 3-6
Montags nur 3-6
- Die Expeditionen sind geöffnet:
Mittwoch von 10-12 Uhr
Nachmittags 3-6
Montags nur 3-6
- Zentrum:** Hauptexpedition, Breite Str. 8-9
Norden: Franke, Center Str. 84; Fritz Wiethe, Bankstr. 60; Rachmann, Stargarder Str. 18; Lohmann, Hufschmiedstr. 48; J. J., Uderstr. 174
Nordwesten: Franzen, Wittkoder Str. 19; Haberer Str. 18
Nordosten: Berner, Greifwalder Str. 23; Wühl, Choriner Str. 63
Osten: Bengels, Cadner Str. 11; Kolbe, Weberstr. 25
Südosten: Sinner, Stalder Str. 101
Westen: Marie Döring, Steinmeierstr. 25
Süden: Jordan, Rest, Dresdener Str. 24; Krüger, Wasserlocherstr. 41 (Keller); Schäfer, Eisengasse 70
- Adlershof:** Häbke, Kleingartenweg 8
Alt-Osternie: Frau Krüger, Rudower Straße 72
Baumgartenweg: Hoffmann, Schreiberstr. 11
Bernau: Brose, Mühlentstr. 7
Biesdorf: Bänke, Marienburger Str. 26
Blankenburg-Buchholz: J. J., Bohnhofstr. 24
Borsdorf-Oranien: Priebe, Paradiesstr. 12
Borsigwalde: Gebauer, Schuberstr. 31
Britz: Wittig, Schauffstr. 82
Bruchmühle, Kr. Niederbarnim: H. Brouh, Buchholzer Str. 62
Charlottenburg: J. Sterniker, Adnigstr. 61; Böhme, Wallstr. 94
Eichwalde: Kühner, Bahnhofstr. 89
Erkner: Margriban, Mittelstr. 20
Fichtenau bei Rahnsdorf: Kräse, Waldstraße 28, J. J.
Friedersdorf: Reichenberg, Range Str. 15
Friedenau: Petermann, Rheinstr. 28, Gde. Rönnebergstr. 1
Friedrichshagen: Furmann, Viktorstr. 1
Friedrichshagen: J. J., Kurze Str. 1
Grünau-Hakenberg: Schebne, Köpenicker Straße 92
Heinersdorf: Widniewski, Timusstr. 88
Hennigsdorf: Korbachstr., Rathenaustr. 8
Hermisdorf: Sorauer, Kasanten-Allee 2
Herzfelde: W. Smalbeck, Hauptstr. 75
Hohennauen: Müller, Schönfelder Str. 6
Hohenschönhausen: nach Exped. Weisenfer, Langhausstraße, J. J.
Johannisthal: Rieper, Friedrichstr. 38
Karlshorst: Lohmann, Döbberstr. 34
Kaulsdorf: Scholz, Döbberstr. 8
- Köpenick:** J. J., Schlag, Rieker Str. 6
Königswinterhausen: Döring, Schwarzkopfstr. 28, siehe Wilbau
Magdenberg: Reilewiz, Ladborscher Str. 25
Neul. Schule: Wilmanns Str. 12
Stimmig: Wilmannsstraße 28
Lichterfelde: J. J., Viktorstr. 3
Lichterfelde: J. J., Poststr. 1-2
Lichterfelde-Ost: J. J., Hindenburgdamm 85
Mahlsdorf: Wertens, Wilhelmstr. 1
Mariendorf: J. J., Schauffstr. 29
Mariensfelde: Genuß, Berliner Straße 143
Mittenwalde: Wilmanns, Kaiserstr. 9
Neuenhagen: J. J., R. Wenzel, Biegelstraße
Neukölln: Krüger, Gmjer Str. 22
Wiese, Redarstr. 2
Nieder-Schöneweide: Bronius, Pleßstr. 28
Nieder-Schönhausen: Seeger, Köpenicker Str. 65
Nowawes: Langel, Kirchstr. 8
Ober-Schöneweide: Kani, Wilmannsstr. 28
Oranienburg: Deinet, Lindenstraße 3
Pankow: Spitzemann, Köpenicker Str. 20
Potsdam: Schwerdtfegerstr. 2
Rahnsdorf: Scholz, Wilmannsstr. 1
Reinickendorf-Ost: Gumbert, Reichenberger Str. 126
Reinickendorf-West: Seidel, Volkshaus, Schornederstraße 14/15
Rosenthal: Gille, Pleß, Niederstr. 8
Schmargendorf: Rehad, Breite Str. 8
Schöneberg: J. J., Wilmannsstr. 27
Stiemensstadt: J. J., Kommandant 92
Spandau: J. J., Lindenauer Str. 31
Staanen: J. J., Ruleran, Scheidstr. 29
Stralau: Senne, Laderstr. 2
Steglitz: Berner, Mommensstr. 69
Süden: Zwirner, Brandenburger Str. 7
Tasdorf: Trige, Schulenhöhe, Wegelersdorfer Str. 14
Tegel: Gide, Brunnenstr. 46
Teltow: Häsel, Rühlendorfer Str. 87
Tempelhof: J. J., Kaiser-Wilhelm-Str. 18
Treptow: Weich, Rieboldstraße 18b
Waltow: Nolte, Dissenstr. 40
Waldmannsluft: Ernst Eng. Watawenstr. 12
Weißensee: Rabbe, Friedrichstr. 4
Wildau: Döring, Schwarzkopfstraße 28
Wilmannsberg: Köhler, Köpenicker Str. 24
Wilmersdorf: J. J., Reher, Köpenicker Str. 19
Wittenau: G. Holz, Oranienburger Str. 82
Zehlendorf: J. J., Wegener, Annastr. 10
Zeuthen: Weiling, Bahnstr. 2

Der Preis für die „Freiheit“ bei täglich zweimaligen Erscheinungen Mk. 21.- frei Haus, per Einzelband für Deutschland Mk. 21.-, für das übrige Ausland Mk. 22.-, mit dem Unterhaltungsbeitrag freie Welt, Franco-Welt, Jugend-Genosse

Wir bitten, dieses Verzeichnis aufmerksam zu lesen und die in demselben angeführten Expeditionen bei den Verlegungen der „Freiheit“, bei den Ausgaben von Anzeigen und bei anderen Verlegungen in Anspruch zu nehmen. Beschwerden jeder Art sind an den Verlag direkt oder an die zuständige Expedition zu richten. Der Verlag.

Verlag der „Freiheit“ e.G.m.b.H., Berlin G2, Breite Straße 8-9

Jeder Parteigenosse! muß es sich zur Pflicht machen! einen Abonnenten zu gewinnen!

Hartwig-Quell ist das kürzlich entdeckte, unübertroffene, wohlgeschmeckende, gesunde Tafelgetränk, welches sich auch bei Aderverkalkungen, Gicht, Rheumatismus, Gallen-, Blasen-, Nierensteinen, Herz-, Leber-, Zucker-, Magen- u. Blasenleiden, weil ohne schädigende Bestandteile und leicht verdaulich, zu Trink-Kuren bestens eignet, ebenso auch zum Mischen von Weinen, Alkohol usw.

Für das allgemeine Volkwohl ist Hartwig-Quell unentbehrlich

Hartwig-Quell ist bedeutend billiger als andere Quellen oder Brunnen und wird somit als das gesunde Tafelgetränk in Berlin

held in jedem Gasthause, Bureau, Haushalt und in jeder Fabrik-Kantine sowie in allen einschlägigen Geschäften zu haben sein. Der Haupt-Versand, Berlin NW 42, Kirchstr. 13, Amt Mealy 1281, liefert an Wiederverkäufer schon von 50 Flaschen an frei Haus. Leere Flaschen mit Kronenkorkmündung werden gefüllt und in Zahlung genommen.

Genossen und Genossen laßt nur bei unseren Inferenten!

Der Ausstoß von Bockbier (Starkbier)

beginnt Donnerstag, den 5. Januar 1922

Für die beteiligten Brauereien: Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend

Allgemeine Ortskrankenkasse für Adlershof und Umgegend

Auf Grund des Gesetzes vom 14. Dezember 1921 über die Versicherungspflicht, Versicherungsberechtigung und Grundlöhne in der Krankenversicherung hat der Vorstand der Kasse die Einführung neuer Lohnstufen und Beiträge vom 1. Januar 1922 ab wie folgt beschlossen:

Für den Arbeitstag Stufe A Beiträge ohne Entgelt. Grundlohn 2.— Mk. Beitrag 18 Pfg.

Stufe	Kassenmitglieder mit einem Entgelt	Grundlohn Mk.	Beitrag Pfenning
I.	bis 6.—	2.—	45
II.	von 6,01 bis 12.—	12.—	50
III.	12,01 — 18.—	18.—	135
IV.	18,01 — 24.—	24.—	190
V.	24,01 — 30.—	30.—	255
VI.	30,01 — 36.—	36.—	270
VII.	36,01 — 42.—	42.—	315
VIII.	42,01 — 48.—	48.—	360
IX.	48,01 — 54.—	54.—	405
X.	mehr als 54.—	60.—	450

Als Krankengeld wird die Hälfte, als Sterbegeld das 30 fache des Grundlohnes gezahlt.

Kerner ist durch das oben erwähnte Gesetz vom 1. Januar 1922 ab die Versicherungsart für Hausbesitzer, Werkstätten und Anstalten in ähnlich gehobener Stellung, Handlungsgehilfen, Bedienten in Apotheken, Wägen- und Drechlermeister, Lehrer und Erzieher — § 166 Abs. 2 — § 167 Abs. 1 — von fünfzehntausend auf vierzigtausend Mark erhöht worden. Über die Durchführung der Versicherungsart wieder unterstellt wird, ist unter Bezugnahme des obigen Formulars bis 6. Januar 1922 bei der Kasse anzumelden.

Berlin-Adlershof, den 31. Dezember 1921. Der Vorstand. Max Ruppel, Vorstands.

Damenmäntel

Eigene Herstellung — kein Zwischenhandel
Restbestände des Winterlagers
nur **Reinwollene Mäntel**
350—650 Mark
Hugo Sommerfeldt
Niederwallstraße 22, Hof part. rechts

Soeben erschienen! Die Erwerbslosenfürsorge nach dem neuesten Stande

Wiedergabe der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge und gemeinverständliche Darstellung der Erwerbslosen und Kurzarbeitern zustehenden Ansprüche unter Berücksichtigung ministerieller Erlasse u. Bescheide sowie die letzten Beschlüsse des Reichstages

Von **Rudolf Weck**
Arbeitersekretär in Königsberg i. Pr.
Preis 8.— Mark

Für Gemeindebehörden, Betriebsräte, Obleute, Arbeiterssekretäre, Gewerkschaftsfunktionäre, überhaupt für jeden, der sich mit Arbeiterfragen befaßt, ist die Schrift unentbehrlich

Verlagsgenossenschaft "Freiheit" e. G. m. b. H.
Berlin C2 Abt. Buchhandlung Breite Straße 8-9

Preiswert und gut
kauft man **Damen- und Herren-Stotte** im

Tuchhaus M. E. Freitag — BERLIN C —
Große Auswahl an Wintermänteln bis zu den besten Qualitäten.

Rauchtabak
Pfund 18 Mark
Holländer . . . 20 Mk.
Schwarz-Krausen 22 Mk.
Sensitiva . . . 23 Mk.
Gold-Tabak . . . 27 Mk.
Rund-De-Hamburger
Straße 1, 1

Allgemeine Ortskrankenkasse Neukölln.

Auf Grund des Gesetzes über die Versicherungspflicht, Versicherungsberechtigung und Grundlöhne in der Krankenversicherung vom 14. 12. 21 wird folgendes bekanntgegeben:

Zu § 1 Absatz 4 der Satzung:
Voraussetzung der Versicherung ist für die in Abs. 2 unter Nr. 1 bis 5 und 7 bezeichneten, daß sie einen Entgelt bezeichnen, für die unter Nr. 2 bis 5 bezeichneten (sowie für Schlichter außerdem, daß nicht ihr regelmäßiger Jahresverdienst 40.000 Mark an Entgelt übersteigt. Abstriche aller Art gehören der Kasse auch dann an, wenn sie auch nicht gegen Entgelt befristet sind.

Zu § 10 Absatz 1 und 2 der Satzung:
Die oben festgelegten Beiträge der Kasse werden nach einem Grundlohn bemessen. Als solcher gilt der nach der verschiedenen Lohnsätze laufende Jahresentgelt der Kassenmitglieder bis zu 60 Mark für den Arbeitstag. Zur Festlegung des Grundlohnes werden die Kassenmitglieder in 11 Stufen eingeteilt:

Stufe	Beitrag	Grundlohn
I.	12,01 — 18,—	12,—
II.	18,01 — 24,—	18,—
III.	24,01 — 30,—	24,—
IV.	30,01 — 36,—	30,—
V.	36,01 — 42,—	36,—
VI.	42,01 — 48,—	42,—
VII.	48,01 — 54,—	48,—
VIII.	54,01 und darüber	54,—

Zu § 20 Absatz 2 der Satzung:
Krankengeld, in Höhe des halben Grundlohnes für jeden Arbeitstag, wenn die Krankheit den Versicherten arbeitsunfähig macht. Es wird vom 4. Krankentage an gewährt. Nach dem 60. Tag wird das Krankengeld auch für jeden Sonn- und Feiertag gezahlt. Das tägliche Krankengeld beträgt:

Stufe	Grundlohn	Krankengeld
I.	12,—	6,—
II.	18,—	9,—
III.	24,—	12,—
IV.	30,—	15,—
V.	36,—	18,—
VI.	42,—	21,—
VII.	48,—	24,—
VIII.	54,—	27,—
IX.	60,—	30,—

Zu § 48 Absatz 1 der Satzung:
Die Ratenbeiträge werden für alle Versicherten auf sieben Hundertel des im § 19 festgesetzten Grundlohnes bemessen. Sie betragen:

Stufe	Grundlohn	Ratenbeitrag
I.	12,—	42
II.	18,—	84
III.	24,—	126
IV.	30,—	168
V.	36,—	210

Die wöchentlichen Beiträge betragen sich:

Stufe	a) bei 5tägiger Beschäftigung auf:		b) bei 7tägiger Beschäftigung auf:	
	Wöchentl. Beitrag	Grundlohn	Wöchentl. Beitrag	Grundlohn
A	1,06	—	1,26	—
1	2,52	0,84	2,94	0,98
2	5,04	1,68	5,88	1,96
3	7,56	2,52	8,82	2,94
4	10,08	3,36	11,76	3,92
5	12,60	4,20	14,70	4,90
6	15,12	5,04	17,64	5,88
7	17,64	5,88	20,58	6,86
8	20,16	6,72	23,52	7,84
9	22,68	7,56	26,46	8,82
10	25,20	8,40	29,40	9,80

Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. Januar 1922 in Kraft. (Vorstandsbescheid v. 18. 12. 1921.)
Der Kassenvorstand
Beize, Vorstands. Müller, Schriftführer.

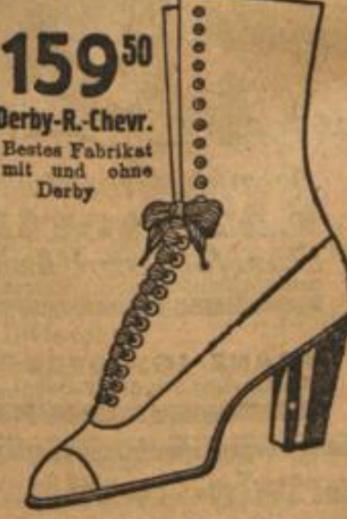
Unser Inventur-Ausverkauf begann am Montag, d. 2. Januar

In diesem Jahr bringt unser Inventur-Ausverkauf unserer Kundschaft wieder ganz besondere Vorteile! Bei den enorm gestiegenen Preisen, auch für Schuhwaren, wird es jedem Käufer nur willkommen sein, erstklassige Fabrikate in Herren-, Damen- und Kinderstiefeln in allen möglichen Lederarten, den neuesten Formen und Ausführungen, der heutigen Lage entsprechend, zu fabelhaft billigen Preisen sich zu beschaffen. Wir haben einen gr. T. unseres Lagers, trotz der ohnehin bekannten billigen, alten Preise, ganz erheblich herabgesetzt. Nehmen Sie diese sobald nicht wiederkehrende, selten günstige Gelegenheit zum Einkauf wahr und kommen Sie zu uns; wir zeigen Ihnen gern alles ohne Kaufzwang. Einige Beispiele führen wir hier an, da alles aufzuführen nicht möglich ist:

Damen - Goldkäfer-Spangen-Schuhe	88 ⁵⁰
Damen - Goldkäfer-Pumps nur in der Engros-Etage	88 ⁵⁰
Dam.-Schnürschuhe schw., echt R.-Box und R.-Chevr., auch m. Lackkappen	115 ⁰⁰
Dam.-Schnürschuhe schw., echt R.-Chevr. mit Lackkappe, neueste Form, gutes Fabrikat.	158 ⁵⁰
Damen-Spangenschuhe R.-Chevreaux mit Absatzlack (Schwesterschuh)	69 ⁵⁰

Lack-Spangenschuhe für Damen moderne Form.	198 ⁵⁰
Damen-Ganzlack-Schnürschuh moderne hohe Form, verdeckt kleine Ösen u. Randriemen, enorm billig	248 ⁵⁰
Damen-Braun-Wildleder Echt Samtkalbleder, Spangenschuh, hoch Absatz, mod. Form, eleg. Straßenschuh, sehr preisw., 1. Schnür 275,00, u. 2. Schnür 375,00	225 ⁰⁰
Weiß-Leinen-Schnürschuhe mit Spange	78,50
Damen-Schnürstiefel echt R.-Chevr., echt Lackkappe in Original-Goodyear-Welt in feinsten Ausführung	258 ⁵⁰

Herrenschnürstiefel echt R.-Box u. R.-Chrom, solide Ausführung feinere Ausführung	185 ⁰⁰
Naturleder, beste Leder-Ausführung, gute Strapazierstiefel	198 ⁵⁰
Original-Goodyear-Welt, bestes Fabrikat, moderne Form	335 ⁰⁰
Knabenstiefel, Naturleder beste Leder-Ausführung, kräftig, 30/30 148,00, 31/30	98 ⁵⁰
Kinderstiefel, aus gutem, haltbarem Leder, schwarz, 27/30	63 ⁵⁰



Außerdem stellen wir eine große Anzahl Einzelpaare in unserer Engros-Etage sowie auch in den Filialen zu außerordentlich billigen Preisen zum Verkauf, da solche auf jeden Fall geräumt werden sollen. — Wegen des großen Andranges kommen Sie bitte in den Vormittagsstunden, Sie können dann besser und sorgfältiger bedient werden.

Engros-Etage:
Kronenstr. 32
1 Treppe
nahe der Jerusalemer Straße
Untergrundbahn, Hauptplatz; auch Durchgang Leipziger Straße 82, via 2. Platz.

Bernada

Schuh-Gesellschaft

Verkaufsstellen:
Moabit: Turmstr. 31 Ecke Wilhelmshavener Straße
Süden: Kottbuser Damm 9
Norden: Müllersstr. 143a Ecke Oelander Str.
Friedenau: Rheinstraße 35
Neukölln: Berliner Str. 50 gegenüb. d. Rathaus